China: Auf dem Weg zur Weltherrschaft dank Coronakrise?

Resa Ludvin

Fast die gesamte Welt steht still,
nur in China scheint es eine schrittweise Rückkehr zur Normalität zu geben. Auch die allgemeine Angst vor einer Rezession sucht man in China vergeblich. Ganz im Gegenteil. China inszeniert sich als großer Helfer betroffener Länder, Bezwinger des Virus‘ und scheint schon jetzt Gewinner der Krise zu sein.

Und das trotz der immensen Bevölkerungszahl, Zusammenleben auf engstem Raum und einem Gesundheitssystem, das alles andere als sozial ist. Waren Krankenhäuser einst staatliche Institutionen mit Hauptaugenmerk: Gesundheit der Bevölkerung ohne Wenn und Aber, ist das System heute gerade auf dem Land unterversorgt und Behandlung gibt es nur mit Vorkasse – wer hier zuerst versorgt wird, ist offensichtlich, denn auch im angeblich „kommunistischen“ China hat sich in den letzten Jahrzehnten eine Bourgeoisie herausgebildet.

Genau dieser Ort soll also nicht nur Ausgangspunkt, sondern auch erfolgreicher Bezwinger des Virus sein? Im November 2019 trat das Coronavirus zum ersten Mal bei einem Menschen in China auf. Wurde es da noch totgeschwiegen und jene, die darüber sprechen wollten, mundtot gemacht, erfolgten ab Ende Januar die ersten großflächigen Maßnahmen zur Eindämmung. Für über eine Milliarde Menschen, die in der Volksrepublik leben, bedeutete dies Ausgangssperren,

Reisebeschränkungen und Kontaktreduzierungen bis hin zum kompletten Lockdown der am schwersten
getroffenen Region, die 60-Millionen-Provinz Hubei mit ihrer Hauptstadt Wuhan. Doch schon ab April 2020 verzeichnet China offiziell keine neuen Fälle, Hubei wurde wieder zur Ein- und Ausreise geöffnet und man überlegt sogar, die Schulen demnächst wieder zu öffnen. Doch ist auch hier nicht alles Gold, was glänzt:
So kam es im März 2020 in Wuhan zu spontanen Protesten, die in China aufgrund fehlender Versammlungsfreiheit verboten sind. Grund hierfür war, dass die Lebensmittelversorgung durch Peking nur schlecht funktionierte.

**Warum kommt China
schneller wieder auf die Beine?**

Schauen wir uns an, warum es China
leichter fallen könnte, den kapitalistischen Normalbetrieb wiederaufzunehmen: Durch das autoritäre Regime kann berechtigter Widerstand sowie die
Interessen der Bevölkerung aus der Entscheidungsfindung herausgehalten werden, was zu einem entschlossenen aber auch rücksichtslosen Vorgehen führt. Doch noch deutlich wichtiger als die politische Sphäre ist die wirtschaftliche: Auch wenn China seit der Öffnung in den 70er Jahren weit von der maoistischen Linie abgewichen ist, so haben sie doch eine spezielle Form der kapitalistischen Wirtschaft.
Vergleichen wir das chinesische Wirtschaftssystem mit dem Deutschlands: In Deutschland herrscht bis auf wenige Ausnahmen freie Markt- und Konkurrenzwirtschaft in der unterschiedliche Firmen in erster Linie für ihre eigenen Interessen einstehen, getreu dem Motto „Der Markt regelt sich selbst“.
In China gilt dieses Prinzip nur zum Teil, denn dort sind viele Schlüsselindustrien nicht in der „freien Hand des Marktes“, sondern staatlich bzw. teilstaatlich oder zumindest eng mit der Partei verbunden. Insgesamt ist der Einfluss der Regierung auf die

Produktion wesentlich höher als in anderen imperialistischen Ländern. Man könnte es also als „Kapitalismus unter der Diktatur einer Partei“ bezeichnen. So sind die nationalen Bestrebungen der Regierung eine der treibende Kräfte der chinesischen Wirtschaft und ihres Aufschwungs. Dies verbindet sich mit den Interessen der Bourgeoisie, die durch die geöffnete Kapitalakkumulation entstanden ist und mit enger Verbindung zum Parteiapparat, neben der Arbeiter_Innenklasse existiert.

Da sich viele jener Schlüsselindustrien in Staatshand befinden, die nicht nur für die Versorgung, sondern vor allem im internationalen Wettbewerb wichtig sind, gab es weniger Blockaden, die Produktion in Zeiten der Coronakrise bedarfsorientiert umzustellen. Ziehen wir hier wieder den Vergleich zu Deutschland, so sehen wir, dass eben jene Schlüsselindustrien einerseits nie in Staatshand waren und andererseits weitere lebenserhaltende Bereiche, die früher staatlich waren, in den letzten Jahrzehnten zunehmend privatisiert oder runtergekürzt wurden, allen voran im Gesundheitssektor. Nur so kann man verstehen, warum sich China schneller erholt. Zusätzlich dazu gab es geplante Interventionen der Regierung wie ein riesiges Krankenhaus, das in Wuhan innerhalb weniger Tage für die Corona-Infizierten entstanden ist. Allerdings ist es für die chinesische Regierung gerade wichtig, dass Hubei schnell wieder einsatzfähig ist, denn dort befinden sich wichtige Standorte der Automobil- und Elektronikbranche.

Nichtsdestotrotz ist auch anzuzweifeln, dass die Zahl der Neuansteckungen wirklich auf 0 gesunken ist und diese Nachricht nicht eher dem Propagandaapparat der Kommunistischen Partei entspringt. Der Verdacht kommt nicht von ungefähr, wenn man bedenkt, dass China schon zu Beginn die Krankheitsfälle verheimlicht hat und es Journalist_Innen in China immer noch schwer haben über die Situation zu

berichten. Unabhängige Journalist_Innen waren in den letzten Monaten aus der Krisenregion Wuhan ausgesperrt worden. Laut Reporter Ohne Grenzen verschwand sogar ein chinesischer Journalist spurlos, der in Wuhan recherchierte. Weitere Maßnahmen waren die Zensur der chinesischen Äquivalenten zu Youtube und WhatsApp, indem Inhalte blockiert wurden, die den Virus betreffen. Das Interesse, es nun kleinzureden, läge darin, als erster wieder die Wirtschaft voll anlaufen zu lassen. Alle betroffenen Länder konkurrieren nämlich gerade darum, wer als erstes die Maßnahmen lockern kann und damit die freigewordenen Märkte und Profitmöglichkeiten für sich zu beanspruchen. Dass jetzt China als erstes wieder zur Normalität zurückkehrt, ob legitimerweise oder nur durch Beschönigung der Situation, dürfte dazu führen, dass die chinesische Wirtschaft alle Möglichkeit hat, die Konkurrenz abzuhängen und damit auf der Gewinnerseite der kommenden Krise zu stehen.

Resultat: Verstärkte Abhängigkeit als Kollateralnutzen der Krise

In den letzten Jahren befand sich China auf dem Weg, ihren Einflussbereich zu vergrößern, nicht zuletzt mit Projekten wie der neuen Seidenstraße. Infrastrukturprogramme in Zentralasien, Verlagerung der Produktions- und Umweltkosten in afrikanische Länder und dem Einkaufen von chinesischen Investor_Innen in europäische Firmen dabei unter anderem strategisch nützliche wie der Hafen von Piräus oder Medienbetriebe. Vor allem in Zeiten der Zerstrittenheit der EU, die sich darin ausdrückt, dass sich in puncto Corona-Hilfen über ein lange Zeit jede_R der Nächste war, springt China ein. Warum hatte China es da so einfach? Man könnte meinen, bei einer Krise diesen Ausmaßes helfen in der „Werteunion EU“ die, die können, indem sie Ressourcen in Form von Masken, medizinischer Geräte o.ä. entbehren können. Weit gefehlt. Deutschland hat lange zugeschaut wie in Italien und Spanien die Menschen massenhaft sterben und jetzt

kommt verspätet ein kleines Hilfspaket. Doch wir dürfen uns nicht davon und von den Worten Heiko Maas‘ täuschen lassen, dass es „gelebte EU-Solidarität“ sei, während der Corona-Krise „Hilfe ohne Folterwerkzeug, also ohne Troika und harte Sparauflagen“ zu leisten. Denn das bedeutet mit anderen Worten:„Die EU ist gerade zu instabil, um Südeuropa weiterhin dreist ausbluten zu lassen. Machen wir also jetzt erstmal langsam, damit wir sie nicht als Halbkolonien verlieren und das „Folterwerkzeug“ vielleicht zu einem anderen Anlass nochmal zum Einsatz kommen kann!“

Aber auch Chinas Hilfe und Nichthilfe ist politisch motiviert. In den Ländern, in denen sie Hilfe leisten, wollen sie das Narrativ des „Anführers der kleinen Länder“ stärken, was daher kommt, dass sie weiterhin offiziell als Schwellenland gehandelt werden und das ironischerweise für den Ausbau ihrer Weltmachtstellung benutzen. So sollen sich die Hilfen in Europa, Afrika und Zentralasien doch auch irgendwann auszahlen. Hierbei sind besonders einige afrikanische Länder gefährdet, in Abhängigkeit zu fallen, da ohnehin schon der Einfluss Chinas immens ist. Noch deutlicher sieht man die politischen Hintergedanken in den Fällen, in denen China nicht hilft, allen voran den USA: Schon seit geraumer Zeit vor Corona gibt es gewaltige Spannungen zwischen den Weltmächten durch den Handelskrieg, Nordkorea und der allgemeinen Konkurrenz. Nun wird die USA zum neuen Zentrum der weltweiten Krise. Naiverweise könnte man meinen, dass dennoch die Leben der Menschen in den USA vor allem der besonders bedrohten Arbeiter_Innen und Minderheiten gerade mehr zählen als die Worte eines Präsidenten, der China die Schuld an der Pandemie gibt. Dennoch weigert sich Peking, fehlendes Material wie Schutzmasken in die USA zu schicken. Corona mutiert zum Mittel der Erpressung und wieder einmal zeigt sich, dass die wahre Pandemie der Kapitalismus ist.

Reaktionen auf chinesische Maßnahmen

Schaut man sich die Reaktionen in puncto chinesischer Coronamaßnahmen an, so finden sich auch hier die stets wiederholende Erklärungsmuster und gut verinnerlichte Reaktionen gegenüber China wieder. Von Rassist_Innen, die irrationale Ängste und gezielte politische Hetze auf asiatisch aussehende Menschen projizieren bis hin zu China-Verehrer_Innen. Schauen wir uns drei Reaktionen an.

Typ1: „Schaut wie effektiv der Sozialismus sein kann“

Man könnte ganz platt antworten:
Wenn das der Sozialismus ist, ist das nicht unser Sozialismus. Jedoch sollte man sich vor Augen führen was China ist: eine aufstrebende kapitalistische Macht mit imperialistischen Interessen, die ihren Ansatz gänzlich aufgegeben hat, auch wenn das Land immer noch von der KP regiert wird. Die wachsende Macht der Bourgeoise, das Halten von Halbkolonien, Diskriminierung von Arbeiter_Innen, Minderheiten, Frauen und die sonstige Liste der Dinge, die nicht mit dem Sozialismus vereinbar sind, ist lang.

Typ2: „Wie effektiv doch Zentralisierung ist“

Ja, gerade in Deutschland zeigt sich in Zeiten der Krise die Schwäche des bürgerlich-„liberalen“ Staates. Lange Abwägungen zwischen der Gefährdung der Bevölkerung und der Gefährdung der Wirtschaft und dadurch verspätete und halbherzige Entscheidungen, die für die Arbeiter_Innenklasse nicht zufriedenstellend sein können. Doch liegt der „zentralstaatsliebende Typ mit Hang zum Autoritarismus“ (denn nichts anderes steckt dahinter) falsch. Es sind eben nicht straffe bürgerliche Staaten mit starker Führung, die „uns“ aus der Krise navigieren, sondern höchstens die eigene Wirtschaft. Auch in China stecken hinter dem entschlossen wirkenden Handeln ständige Überlegungen, wie man die Wirtschaft möglichst

schnell wieder zum laufen bringen kann und dabei ist es bloß Glück für uns, dass man dafür gewissermaßen auch Menschenleben retten muss. In einer
sozialistischen Gesellschaft hingegen, also jene mit dem höchsten Maß der Demokratie, wären die Voraussetzungen endlich gegeben, wirklich zielstrebig solche Gefahren einzudämmen, da es
keinen Druck gibt, weiter Profiten hinterherzujagen, wodurch zum Beispiel alle nicht-lebenswichtigen Arbeiten tatsächlich eingestellt werden könnten. Außerdem kann die Produktion nach Bedarf umgestellt werden. Und das ganz ohne autoritären Zentralstaat, sondern unter der Kontrolle der Arbeiter_Innenklasse.

Typ3: „Ja ok, aber ich will meine
Freiheit trotzdem nicht einschränken lassen“

Manchmal müssen für
außergewöhnliche Situationen außergewöhnliche Maßnahmen her und dazu gehören auch solche wie jetzt. So könnte es sein, dass einige der Einschränkungen tatsächlich sinnvoll sind. Doch an welchem Punkt der „freiheitsliebende Typ“ sehr wohl Recht hat, ist, ob wir uns „einschränken“ oder uns „einschränken lassen“. Mit anderen Worten: Die Frage sollte nicht sein, inwiefern es Einschränkungen der persönlichen Freiheitsrechte zur Bekämpfung einer Krise in diesem Ausmaß gibt, sondern wer diese, aber auch die Rückkehr zur Normalität kontrolliert und organisiert. Wir haben gesehen, dass es die Regierungen und Kapitalist_Innen der freien Wirtschaft nicht stört, Arbeiter_Innen in nicht-lebenswichtigen Fabriken weiterarbeiten zu lassen wie in Spanien oder selbst dem beschränkten bürgerlichen Staat weitere Freiheitsrechte zu entnehmen wie in Ungarn. Doch wäre es falsch, zu sagen, dass es hier allein um bürgerliche Freiheitsrechte der_des Einzelnen geht, hier geht es um die Systemfrage. Im Kapitalismus ist Freiheit nur ein Trugbild, das auch nur wenige zu Gesicht bekommen.

**Stoppt das imperialistische
Taktieren – Gesundheit ist keine Druckmittel!**

Auch wenn Corona als Virus ungreifbar erscheint, darf man trotzdem bei Corona als Krise weder ihre Wurzeln, die im Kapitalismus selbst liegen, noch ihre Auswirkung auf die Neuaufteilung der Welt, die ebenfalls systembedingt ist, verkennen. China macht sich die finanzielle Schwäche von Ländern zu Nutze, nachdem sie jahrelang große Investitionen vor allem auf dem afrikanischen und asiatischen Kontinent, aber auch in Europa getätigt haben. Unsere Antwort als Sozialist_Innen muss daher sein: Bedingungslose Hilfe über nationale Grenzen hinaus statt zu Nutze machen der Krise für Profitinteressen. Die Krise ist global und trifft vor allem die Arbeiter_Innenklasse hart. Wir fordern daher, Kurzarbeit, sprich Kürzungen der Bezüge und Entlassungen, zu stoppen. Für eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich – lasst die Kapitalist_Innen zahlen!

Doch in einem System, dass auf internationale Konkurrenz und somit Ausnutzen von Vorteilen basiert, ist das illusorisch. Die Pandemie namens Kapitalismus bleibt. Derzeit sehen wir auf wessen Händen die Gesellschaft tatsächlich steht, wenn im Krankenhaus oder im Einzelhandel Menschen für das Überleben schuften und es dennoch weiterhin Firmen gibt, die die Arbeiter_Innen weiter in der Fabrik arbeiten lassen, weil sie nicht auf ihre Profite verzichten wollen. So kam es in vielen Ländern zu spontanen Streiks wie im März in einem norditalienischen Werk von Fiat-Chrysler. Genau diese Kräfte müssen wir bündeln. Eine Arbeiter_Innenkontrolle muss her, die nach Bedarf und nicht nach Profit produziert – in der jetzigen Situation heißt das bspw. Produktion von Desinfektionsmitteln statt Parfüm, Beatmungsmaschinen statt Autos und die Verstaatlichung des Gesundheitssystems unter Kontrolle der Arbeiter_Innenklasse als notwendige Maßnahme!

Jugend und Corona – Keine Risikogruppe aber trotzdem am Arsch!

Paul Meyer

Bei
der Corona-Krise wird häufig über Risikogruppen und die Gefährdung dieser geredet. Wir, die Jugend, werden in den Nachrichten häufig als die dargestellt, die die Corona-Parties feiern und das Virus verbreiten. Es wird dabei leider außer Acht gelassen, dass auch wir unter dieser Krise zu leiden haben. Wir haben häufig keine Folgen durch das Virus an sich, aber sehr wohl aus der daraus folgenden Quarantäne. Vor allem durch die Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen, die uns quasi zu Hause einsperren. Diese treffen aber besonders ärmere Menschen, die es sich nicht leisten können, ein Netflix- oder Spotify-Abo zu haben und kein Rückzugsort besteht, in dem sie ihre Schulaufgaben in Ruhe machen und sich entspannen können. Dieses Fehlen des Rückzugsortes beinhaltet häufig auch das Fehlen eines eigenen PCs oder der Hilfe der Eltern. Wenn die Schule wieder anfängt, ist das ein großer Nachteil, weil die anderen Schüler_Innen viel weiter im Lernstoff sind, als die ohne Endgerät und Ruhe. Wir können auch nicht mehr unsere Rückzugsorte besuchen, wie zum Beispiel Jugendclubs, in welchen wir Raum für Selbstbestimmung haben, eigene Erfahrungen sammeln und aus den Augen unserer Eltern sind. Zu Hause müssen wir dann häufig Hausarbeit übernehmen, also einkaufen gehen, putzen, kochen und Care-Arbeit, also uns z.B. um Verwandte kümmern, die krank sind. Der Anstieg an häuslicher Gewalt trifft nicht nur Frauen, sondern auch Kinder. Das kommt unter anderem daher, dass wir unseren Familienmitgliedern nicht mehr aus dem Weg gehen können. Diese sind vielleicht frustriert, weil sie ihren Job verloren haben durch die Krise oder durch Kurzarbeit nur noch 60% ihres Gehaltes bekommen. Die

Kinder der Gewaltopfer können sich dann auch häufig nicht bei einer Stelle melden, die dafür zuständig ist, weil sie unter dauerhafter Kontrolle ihrer Eltern stehen. Es fallen nicht nur Jugendclubs weg, wo wir uns mit unseren Freund_Innen treffen, sondern auch der Ort, wo wir sie tagtäglich sehen würden, die Schule. Es gibt aber auch einige unter uns, die schon arbeiten oder eine Ausbildung machen. Dort sind wir die ersten, die entlassen werden, weil wir häufig nur Zeit- oder Honorarverträge, nur als Minijob angestellt sind, oder gar keinen offiziellen Arbeitsvertrag haben. Das macht es den Arbeitgeber_Innen leichter, uns zu kündigen. In anderen Fällen, zum Beispiel im Supermarkt, Essenslieferanten, Landwirtschaft, sind wir die, die noch zur Arbeit geschickt werden, weil wir zu jenen gehören, die nicht in der Risikogruppe sind. Höhere Löhne will uns unser_E Chef_In trotzdem nicht zahlen. Wir sind aber essentiell wichtig zum Fortbestand vieler Firmen. Die AfD-Bundestagsfraktion schlägt vor, dass Schüler_Innen zur Zwangsarbeit in die Landwirtschaft geschickt werden, um „dem Vaterland unter die Arme zu greifen“ und „Disziplin zu lernen“. Die AfD benutzt hier Rhetorik, die an den Faschismus erinnert.

Warum
ist das alles so? Der Grund liegt im Kapitalismus, also der Form unserer Gesellschaft und des Wirtschaftens. Dieser ist darum aufgebaut, den Besitz einiger weniger krass zu vergrößern, die restliche Gesellschaft von diesem Reichtum fernzuhalten und trotzdem alles stabil laufen zu lassen, indem zum Beispiel gesagt wird, dass einem Sachen nur zustehen, wenn man sie sich „verdient“ hat und nicht bloß, weil man sie braucht oder es gerecht wäre. So werden einige der verschiedenen Unterdrückungsformen erklärt, die der Kapitalismus braucht, um zu funktionieren. Auch wir Jugendlichen werden unterdrückt, da uns nicht zugestanden wird, selbstbestimmt zu sein. So haben wir weder das Recht, frei über unseren eigenen Körper zu entscheiden noch das Recht auf Eigentum, da jeder Besitz, der eigentlich uns gehören müsste, im Zweifelsfall gesetzlich noch unseren Eltern gehört und wir von ihnen abhängig sind, weil wir

eigenes Geld und darauf folgenden Möglichkeiten noch nicht „verdient“ haben. Falls wir schon arbeiten, werden wir deutlich schlechter bezahlt, weil wir es vor oder während der Ausbildung noch nicht „verdient“ haben, genauso viel (oder eher wenig) wie die anderen Arbeiter_Innen zu verdienen. Und Menschen wählen, die unsere Interessen vertreten, dürfen wir auch erst viel zu spät, weil wir es uns vorher noch nicht „verdient“ haben, mitzusprechen. Die Bevormundung und Prekarisierung wird uns immer wieder eingehämmert, sodass sich viele von uns schon damit abgegeben haben und keinen Widerstand leisten wollen. Wir aber schon! Wir bestehen trotzdem auf unsere Rechte und Freiheiten und fordern deshalb:

- Für
  das Recht statt bei der Familie in selbstorganisierten Jugendzentren in Quarantäne zu gehen. Natürlich müssen auch hier Betreuung und alle nötigen Infektionsschutzmaßnahmen gewährleistet werden.
- Für
  den Ausbau von Schutzhäusern für Betroffene von häuslicher Gewalt!
- Abschaffung
  aller Lizenzen für Streamingplattformen und Musik! Kultur darf kein Privileg der Reichen sein!
- Lernmittel,
  wie Softwarepakete oder auch technische Grundausstattung wie Computer und Drucker müssen allen Schüler_Innen kostenlos zur Verfügung gestellt werden! Keine Benotung von E-Learning-Aufgaben!
- Für
  die gleichwertig bezahlte Freistellung von nicht lebensnotwendigen Berufen und eine Garantie der Übernahme, wenn es medizinisch wieder
  zu verantworten ist, arbeiten zu gehen!
- Für
  ein bedingungsloses Mindesteinkommen für Jugendliche, das uns ein unabhängigeres Leben ermöglicht. Bezahlt durch die höhere

Besteuerung der Reichen!

„Aktuell denken wir von hier bis zur Türklinke“

Interview mit einer Betriebsrätin im Einzelhandel, geführt von Wilhelm Schulz, zuerst erschienen auf arbeiterinnenmacht.de

In Zeiten von Corona wird eines deutlich. Es ist nicht der Virus, der die soziale Spaltung verstärkt, dies bewerkstelligen die Umstände, unter denen er wirkt. Wir haben, um die Auswirkungen von Corona zu beschreiben, ein Interview mit einer Betriebsrätin im Einzelhandel in einem großen Kaufhaus geführt.

Der Einzelhandel läuft hier schon seit Jahren auf dem Zahnfleisch, ist er doch von einer massiven Umstrukturierung betroffen. Durch Internetkonzerne wie Amazon, die sich bis heute weigern, nach den Tarifbedingungen des Einzelhandels zu vergüten, und nicht mehr als den schlechter entlohnten Tarifvertrag Logistik zu zahlen bereit sind, die zudem systematisch Union-Busting betreiben. Schon vor der Corona-Krise kam es hier zu Fusionen – wie z. B. von Karstadt und Galeria Kaufhof –, Schließungen und Personalabbau. Karstadt hat eine über ein Jahrzehnt andauernde Insolvenzgeschichte: Verkauf für 1 Euro; Einfrieren der Gehälter; Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld. Jahre andauernde begrenzte Streiks vermochten die Talfahrt für die Beschäftigten allenfalls zu verlangsamen, nicht zu stoppen.

Es ist davon auszugehen, dass es zu einer Verstärkung dieser Verschiebung in der momentanen Situation kommt. In der Branche herrscht Teilzeitarbeit vor und die Beschäftigten sind mehrheitlich Frauen.

Allein diese Zahlen zeigen, dass die Krise uns nicht alle gleichsam treffen wird.

Interviewer: Bitte beschreibe die aktuelle Situation in Deinem Betrieb. Wie wirkt sich Corona auf Deine KollegInnen und Dich aus?

Seit dem 18. März ist das Unternehmen, in dem ich arbeite, geschlossen, so wie der gesamte Einzelhandel außerhalb der Lebensmittel- und Baumärkte. Seitdem sind die Beschäftigten auf Kurzarbeit null und das Unternehmen macht keine Umsätze. Kurzarbeit null bedeutet dabei einfach, dass die Kollegen und Kolleginnen nicht arbeiten und vom Staat KurzarbeiterInnengeld von 60 % beziehungsweise 67 % bekommen, falls sie Kinder haben. Das ist alles demnächst hart an der Kante. Das Kurzarbeiter_Innengeld zahlt jedoch der Staat und nicht das Unternehmen, in dem ich arbeite. Das wird aus dem pauschalisierten Nettoentgelt des letzten Kalenderjahres errechnet.

Viele im Einzelhandel sind in Teilzeit. Über die Hälfte der Angestellten arbeiten in Teilzeit. Das bedeutet für viele vermutlich, demnächst noch zusätzliche Gelder beantragen zu müssen, wie Wohngeld. Bis dahin konnten sich viele meines Wissens noch über Wasser halten und die wenigsten mussten aufstocken, jedoch sind die Reserven auch aufgrund der aktuellen Mietlage vermutlich sehr gering.

Der Betrieb verspricht aktuell individuelle Lösungen für jede einzelne Person in akuten Problemfällen, aber davon wissen wir noch nichts. Denn aktuell merken unsere KollegInnen das noch nicht so sehr. Wir sind am 18. März geschlossen worden. In der Gehaltsabrechnung wurde vorerst der Lohn für einen vollen Arbeitsmonat ausgezahlt, der Überhang soll vom kommenden Gehalt abgezogen werden, somit kann es zu deutlich weniger als den 60 % kommen. Das Kurzarbeiter_Innengeld wird somit erst zum 30. April auf dem Konto der Kolleg_Innen sein, dann wird’s heftig.

Bis dahin hat der Betrieb versucht, alles loszuwerden, was er

offiziell an Beschäftigten entlassen konnte. Als Betriebsräte konnten wir rein rechtlich unmittelbar nur die Festkräfte retten. Zum 30. April sind jetzt die gegangen worden, die unter 6 Monate Betriebszugehörigkeit aufwiesen. Auch die 450-Euro-Kräfte sind betroffen. Sogar das Personal, das zur Anpassung unseres Personalschlüssels eingestellt wurde und bitter nötig ist, wurde kurzfristig entlassen.

Das Unternehmen selbst macht in diesem Moment offiziell Minus. Die Investor_Innen unseres Hauses besitzen die Immobilien mit der einen Gesellschaft und vermieten sie an die andere. Die Miete wird nicht gestundet.

Interviewer: Die Bundesregierung hat Rettungspakete in Milliardenhöhe verabschiedet. Auf welche Art hilft das Deinen KollegInnen?

Am ehesten durch das Kurzarbeiter_Innengeld. Auch die Sozialabgaben zahlt die Arbeitsagentur. Sehr aktuell bei unseren Kolleg_Innen ist das Thema Nebenjob in systemrelevanten Berufen. Dies geht kurzfristig im Haus. Solange unter dem regulären Nettogehalt geblieben wird, ist dies abgabenfrei. Es ist unklar, wie viele Kolleg_Innen dies angenommen haben. Die Zustimmung von Arbeit„geber"_Innenseite ist aktuell beschleunigt. Mehr ist hier momentan nicht absehbar für uns.

Interviewer: Welche Sicherung gibt es für Alleinerziehende oder Familien?

Da gibt es bei uns nichts, was über das Kurzarbeiter_Innengeld, also die 67 % hinausgeht. Interessant wird es eigentlich erst, wenn wir wieder öffnen. Zu Beginn ist davon auszugehen, dass wir zwischen der Öffnung und dem 30. Juni auf 50 % Kurzarbeiter_Innengeld gehen, also das mit dem geringeren Gehalt bis mindestens Ende Juli andauern wird. Betriebsbedingte Kündigungen sind bis 3 Monate nach Ende Kurzarbeiter_Innengeld nicht möglich. Der Betriebsrat wollte 6 Monate. Aktuell weiß aber niemand, wie es

dann aussehen wird.

Besonders schwer für Alleinerziehende wird die Zeit auch. Durch die Kurzarbeit wird auch die Schichtplanung verkürzt. So erfahren die Kolleg_Innen in der Zeit nur noch eine Woche im Voraus, wie sie im kommenden Monat arbeiten werden. Das macht die Planbarkeit schwerer. Von kurzfristigen Krankheitsfällen sprechen wir dabei noch überhaupt nicht.

Interviewer: Kurzarbeiter_Innengeld trifft im Einzelhandel, der seit Jahren auf dem Zahnfleisch läuft, vermutlich die Arbeiter_Innen hart. Wie geht Ihr im Betrieb damit um? Was macht ver.di?

Ver.di schreibt im Fachbereich jeden Tag Newsletter, vor allem zur Rechtsberatung. Die Prüfungen der Azubis sind bis Ende Juni verschoben. Arbeitsverträge gehen hier nur bis zum 31. Juli. Hierzu wird aktuell verhandelt. Ansonsten hat ver.di eine Petition zur Erhöhung des Kurzarbeiter_Innengeldes herausgegeben von 60 % auf 90 %. Das ist schön und gut. Wer es später zahlt, bleibt offen.

Den Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen halten wir aktuell über Telegram, WhatsApp und E-Mail. Hier schicken wir regelmäßige FAQs zu den uns am häufigsten gestellten Fragen. Die lauteten in den ersten Tagen in der Regel etwa: „Was ist mit Krankschreibung?“, „Was ist mit Urlaub?“; „Was ist mit den Gutstunden?“. Die Fragen sind vielfältig. Wir versuchen über alle Kanäle so transparent wie möglich zu sein. Ob und wie Diskussionen unter den Kolleg_nnen stattfindet, kann ich aktuell nicht sagen.

Das Thema Gutstunden ist ein wichtiges. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Überstunden, die das faktisch sind, nicht abgebummelt werden, bevor das Kurzarbeiter_Innengeld wirkt. Eigentlich ist unser Ziel, dass überhaupt keine Gutstunden mehr rauskommen sollen, sondern neue KollegInnen eingestellt werden.

Aber aktuell denken wir von hier bis zur Türklinke. Nach Corona müssen die Beschäftigten hier vermutlich zahlen, beispielsweise durch Entlassungen, Personalmangel, Wegfall der Kundschaft. Wir sind sehr

stark vom Tourismus abhängig bei uns im Haus und der liegt auf unabsehbare Zeit brach.

Interviewer: In den momentanen Debatten wird, vor allem im Einzelhandel, von massiven Veränderungen für die Zukunft gesprochen. Inwiefern trifft das Euch bereits jetzt?

Ja, wie sich das alles verschieben wird, bleibt offen. Amazon boomt. Wir werden sehen, wohin das führt. Bei uns wird versucht, ein Online-Shopping-System einzuführen. Das war auch vor Corona am Anlaufen und soll jetzt auf Biegen und Brechen beginnen. Soll passieren, damit sich das Geschäft über Wasser hält. Aber mal sehen, wie es nach Corona in unserer Branche aussieht.

Interviewer: Wie ist die Stimmung bei den Kolleg_Innen?

Die Decke fällt ihnen auf den Kopf. Auch wenn die Stimmung momentan ruhiger ist, muss klar sein: Die finanziellen Auswirkungen, die drohen ja erst. Die Sorge verschiebt sich um 4 Wochen. Noch klingt das recht positiv. Die Fragen per Telefon werden momentan weniger. Die Leute finden sich momentan damit ab und hoffen, dass bald wieder die Normalität eintritt.

Interviewer: Der DGB hat dem BDA den Burgfrieden für die laufende Pandemie angeboten. Wie soll der Widerstand gegen Entlassungen dieser Tage organisiert werden?

Streiks und ähnliches sind aktuell unsicher. Erst muss die Situation klarer werden. Noch gibt es kaum Entlassungen. Es ist unklar, wie lang das dauern wird. Die Tiefe der Rezession lässt sich nicht abschätzen. Jedoch ist noch die Arbeit„geber“_Innenseite kooperativ, da sie noch auf ihre Angestellten hoffen

und sie eh unterbesetzt waren. Somit müssen wir ihnen auf die Finger gucken. Nach der gesundheitlichem Krise, wenn die Personaldecke so gering bleibt, dann muss über Streiks und Arbeitskämpfe geredet werden.

Interviewer: Vielen Dank für das Interview und einen erfolgreichen Kampf, nicht nur um den Erhalt der Stellen, sondern auch um die Verbesserung des Personalschlüssels.

Nachwort

Hier sind wichtige Punkte angesprochen worden. Die Erhöhung des Kurzarbeiter_Innengeldes ist für die Arbeiter_Innenklasse bitter nötig, vor allem für die unteren Schichten dieser, aber die Frage der Bezahlung ist wichtig zu beantworten. Vor wenigen Tagen wurde ein Milliardenpaket der Bundesregierung zur Rettung der Wirtschaft verabschiedet. Nicht nur die Gewichtung geht an den Bedürfnissen eines Großteils der Bevölkerung vorbei. Beispielsweise sind gerade 3 Milliarden von 600 Milliarden Euro für das Gesundheitssystem vorgesehen.

Auch die Frage steht im Raum, wer am Ende die gemachten Schulden begleichen darf. Sparprogramme sind in eben jenen Bereichen zu befürchten, in denen jetzt systemrelevante Held_Innen gefeiert werden. Da sie aber außer im privatisierten Sektor keinen Mehrwert schaffen, sondern „nur“ erhalten – u. a. in Form von Menschenleben – können sie die sein, die diese Einsparungen wieder als Erste spüren. Auch eine mögliche allgemeine Steuererhöhung würde eine Umlagerung der Kosten auf die ärmere Bevölkerung darstellen. Kämpferische Arbeiter_Innen in Betrieben und Gewerkschaften müssen jetzt schon gegen die Sozialisierung der Schulden und die Privatisierung der Gewinne eintreten. Wir brauchen Beschlagnahmen von jenen, die Millionen besitzen. Die Arbeiter_Innen in allen Bereichen, die nicht für die Sicherung der Bedürfnisse (Gesundheit, Lebensmittel, Kommunikation, …) nötig sind, müssen bei vollen Bezügen freigestellt werden. Sollten Unternehmer_Innen Beschäftigte entlassen und Betriebe

schließen wollen, sollten diese ohne Entschädigung und unter Kontrolle der Arbeiter_Innen verstaatlicht werden. Wir brauchen auch ein Herabsetzen der Miete auf die zum Erhalt notwendigen Kosten – dort wo selbst dies nicht stemmbar ist, ein vollständiges Einfrieren eben jener.

Aber der Einzelhandel alleine wird vermutlich wirklich vor recht leeren Kassen stehen. Das zeigt für uns aber noch deutlicher die Notwendigkeit eines breiten Kampfes der Arbeiter_Innenklasse gegen die Auswirkungen der Corona-Krise, die sich somit nicht nur ökonomisch in ihren Gewerkschaften organisieren müssen, sondern dort auch den Druck aufbauen, um sich für einen Wertschöpfungsketten übergreifenden Arbeitskampf einzusetzen. Dafür stellt die Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (VKG) bereits heute einen möglichen Keim dar, in dem sich kämpferische Arbeiter_Innen sammeln können.

Corona und die kommende Wirtschaftskrise – eine Analyse

REVOLUTION Österreich

Die Corona-Gesundheitskrise bedroht nicht nur den Alltag, sondern das Leben von Millionen Menschen weltweit. Die weitgehenden Quarantänemaßnahmen bedeuten auch einen Zusammenbruch der weltweiten Produktion. Wir stehen am Beginn einer Wirtschaftskrise, die höchstwahrscheinlich noch schlimmer sein wird als die nach 2008. Wenn es nach den Politiker_Innen und Bossen geht, werden die Kosten auf uns Arbeiter_Innen, Unterdrückte und Jugendliche abgewälzt werden. Das müssen wir verhindern!

In den vergangenen zwei Wochen haben in Österreich 200.000 Menschen ihren Job verloren, nochmal 250.000 sind in Kurzarbeit. In den USA haben

sich in der Zeit sogar 10 Millionen arbeitslos gemeldet. In beiden Ländern sind prekär Beschäftigte und Scheinselbstständige (zum Beispiel Uber-Fahrer_Innen oder 24-Stunden-Pfleger_Innen) gar nicht mitgerechnet. Das kapitalistische Wirtschaftssystem lebt davon, dass Arbeiter_Innen produzieren und für Profit ausgebeutet werden. Wenn sie zuhause bleiben, wackelt das ganze System.

Krisen zeigen, wie das System läuft

Es ist offensichtlich, dass die Corona-Pandemie in vielen Ländern eine schwere Gesundheitskrise ausgelöst hat. Nicht nur verbreitet sich das Virus sehr schnell und stellt eine echte Lebensgefahr dar, die Auswirkungen drohen auch die Gesundheitssysteme an ihre Kapazitätsgrenzen zu bringen. In Norditalien ist das beispielweise schon passiert – viele Patient_Innen konnten nicht mehr versorgt werden. Diese Krise zeigt schmerzhaft klar auf, was im Gesundheitssystem schon seit Jahren schiefläuft, Einsparungen, Privatisierungen und zu wenige Pfleger_Innen und Ärzt_Innen.

Eine Krise ist immer ein Moment, wo die Entscheidungsträger_Innen nicht mehr so weiter machen können wie bisher. Wenn sie sich weiter an die bisherigen Regeln, Strukturen, und so weiter halten, produziert das System nicht die Ergebnisse, die man eigentlich möchte. Zum Beispiel, dass Menschen an heilbaren Krankheiten sterben, weil keine Betten frei sind. In einer Krise ist es deshalb besonders einfach zu verstehen, wie ein System wirklich funktioniert. Unter anderem, weil die blödsinnigen Versprechen von ewigem Wachstum oder gerechter Verteilung wegfallen. Aber auch, weil wir sehen können was für Auswirkungen es hat, wenn ein „Rädchen“ sich nicht mehr weiterdreht.

Die Wirtschaftskrise, die jetzt schon begonnen hat, ist von den Auswirkungen der Gesundheitskrise *ausgelöst* worden. Die *Gründe* sind aber vielfältig, haben ursprünglich nichts mit Corona zu tun und hatten sich schon länger angekündigt. Im Grund genommen kann man sagen, dass (1) ein kurzfristiger Zusammenbruch von Produktion und Nachfrage auf (2) seit längerem eskalierende internationale Spannungen und Handelskriege, (3) eine seit Jahren fallende Profitrate bei Güterproduktion und

Dienstleistungen und (4) zwei riesige „Blasen“ auf den Finanzmärkten trifft.

Produktion, Reproduktion und Verteilung im Kapitalismus

Eine kapitalistische Krise bedeutet immer einen zeitweisen Zusammenbruch des Kapitalkreislaufs. Die kapitalistische Warenproduktion funktioniert so, dass Arbeiter_Innen in der Produktion bereits bestehende Waren (zum Beispiel Rohmaterialien oder Zwischenprodukte) physisch verändern, also andere Waren daraus machen – „weiterverarbeiten“. Dazu verwenden sie Werkzeuge und Maschinen, so genanntes fixes Kapital, das von den Kapitalist_Innen zur Verfügung gestellt wird.

Das Produkt ihrer Arbeit gehört aber den Kapitalist_Innen, die sie dann auf dem Markt verkaufen und den Erlös behalten. Der Unterschied zwischen Erlös und Fixkosten ist der in Geld ausgedrückte Unterschied zwischen Materialien und Produkt. Also wird zum Beispiel für die Produktion von Schrauben ein gewisser Betrag an Fixkosten (Maschinen, Rohstoffe, etc.) benötigt und nach dem Verkauf der Schrauben wird hoffentlich ein höherer Betrag, der Erlös, eingenommen. Dieser Unterschied entspricht dem Ausmaß an menschlicher Arbeit im Produktionsprozess, und teilt sich auf in Löhne und Profite. Profite entsprechen also dem Anteil unbezahlter, vom Lohn nicht abgedeckter Arbeit – mit anderen Worten ist der von den Arbeiter_Innen unbezahlt produzierte Mehrwert essentielle Grundlage des Profits. Dieselbe Logik gilt bei Dienstleistungen. Auch hier fußt der Profit darauf, dass die vollbrachte Arbeit mehr Wert schafft als der ausbezahlte Lohn ausdrückt. Der Unterschied zur Warenproduktion ist im Wesentlichen nur ein zeitlicher. Während bei Waren der Verkauf und die Realisierung des Kaufpreises erst nach der Produktion stattfindet, passiert dies bei Dienstleistungen zeitgleich. Ich konsumiere die Taxifahrt, den Haarschnitt und ähnliches während sie „produziert“ werden.

Am Anfang des Kapitalkreislauf wird also Geld in Waren, nämlich fixes Kapital und Arbeitskraft, verwandelt. Waren sind eben nicht nur Dinge, die man im Supermarktregal kaufen kann, sondern auch abstraktere Dinge, wie die menschliche Arbeitskraft. Im Produktionsprozess werden Kapital und

Arbeitskraft verbraucht, am Ende stehen andere Waren, das Produkt (in unserem Beispiel: Arbeiter_Innen verwenden Maschinen und Rohstoffe, um Schrauben herzustellen). Diese werden dann auf dem Markt wieder in Geld verwandelt, den Erlös. Marxistische Ökonom_Innen beschreiben diesen Prozess als G – W – W‘ – G‘, Geld – Ware – andere Waren – Mehr Geld.

Das „Mehr Geld“ wird dann wieder in fixes Kapital und Arbeitskraft investiert, ein neuer Produktionsprozess begonnen. Die Höhe des Profits bestimmt, wie schnell der Kapitalismus wachsen kann, je höher das „Mehr Geld“ am Ende ist, desto mehr kann man in der nächsten „Runde“ produzieren und investieren. Man kann auch sagen, dass der *Verwertungsprozess* im Kapitalismus gleichzeitig der *Reproduktionsprozess* ist – das System reproduziert sich ständig selbst über diesen Ablauf, wie eine größer werdende Spirale der Kapitalanhäufung.

Wettbewerb und Krise

Die grundlegende Funktion des Kapitalkreislauf ist auf jeder Ebene, von der einzelnen Firma, über regionale Wirtschaftskreisläufe bis zum globalen Kapitalismus, dieselbe. Wie der Prozess genau gestaltet wird, ist aber die Entscheidung der einzelnen Kapitalist_Innen. Die stehen aber miteinander in ziemlich brutalem Wettbewerb: Wem es nicht gelingt, die Konkurrenz zu auszuschalten, der oder die wird wahrscheinlich selbst bankrottgehen.

Die wichtigsten Waffen in diesem Krieg sind neue Maschinen und Preispolitik. Wenn man es sich leisten kann, in neue Maschinen zu investieren, kann man die eingesetzte Arbeitskraft produktiver machen, also mehr Profit aus jeder_M Arbeiter_In herausbekommen. Wer niedrigere Produktionskosten hat, kann auch einen Preis festsetzen, der unter den Kosten der Konkurrent_Innen liegen. Die machen dann Verluste und nach einiger Zeit gehen sie pleite, so dass ihr Marktanteil erobert werden kann.

Diesen Prozess nennt man auch Kapitalisierung: Es wird mehr Geld für fixes Kapital ausgegeben, damit die Arbeitskosten gesenkt werden können, das Kapital-Arbeitsverhältnis steigt (von Marx auch „organische

Zusammensetzung des Kapitals“ genannt). Weil aber nur menschliche Arbeit Wert und Profit schafft, untergräbt das auf lange Sicht das Verhältnis Profit zu Kapital, die Profitrate. So führt das Streben der Kapitalist_Innen nach mehr Profit immer zu einer sinkenden Profitrate, also auch weniger Wachstum, und größeren Schwierigkeiten den Kapitalkreislauf zu reproduzieren.

Der Verfall der
Profitrate im Kapitalkreislauf ist der Grund für regelmäßige Krisen. Ausgelöst
werden diese aber meistens durch die Reaktion auf die Schwierigkeiten im Kapitalkreislauf.

Zum Beispiel investieren Kapitalist_Innen gerne in Finanzprodukte (z.B. Wertpapiere, Aktien, u.ä.), wenn die Profite in ihren „eigenen“ Produktionsprozessen zu wünschen übriglassen. Der kurzfristige Gewinn auf den Finanzmärkten hängt vor allem davon ab, dass die Nachfrage weiter steigt und man die eigenen Aktien und Wertpapiere über dem Kaufpreis verkaufen kann. Das führt in einer Situation von fallenden Profitraten auch tatsächlich zu mehr Nachfrage nach Finanzprodukten, die Investitionen scheinen ein gutes Geschäft zu sein. Der Preis der Wertpapiere, egal ob es Aktien, Hauskredite oder Derivate sind, steigt dann immer höher über den tatsächlich erwarteten Ertrag des Papiers selbst (den nennt man auch je nach Wertpapier Dividenden, Zinszahlungen oder Ausschüttungen). Der erwartete Profit beruht also nicht nur auf der Investition, sondern zu einem immer größeren Teil auf Spekulation.

Investitionen im Kapitalismus sind meistens durch Kredite finanziert, sowohl in der Produktion als auch auf den Finanzmärkten. Auch an Arbeiter_Innen werden Kredite für Konsum oder Hausbau angeboten, damit sie ihren Lebensstandard trotz eventuell fallender Löhne halten können. Diese finanziellen Blasen sollen die Krisenauswirkungen der fallenden Profitrate aufhalten, aber wenn sie platzen stellt sich heraus, dass diese nur verzögert wurde.

Börsencrash im März 2020

Tatsächlich sind im
März die wichtigsten amerikanischen, europäischen und asiatischen Börsen zusammengebrochen,
noch bevor die Pandemie in den meisten Ländern zu strengen Isolationsmaßnahmen geführt
hatten. Der Dow Jones (ein wichtiger amerikanischer Börsenindex) ist in den ersten drei Märzwochen um 30 % gefallen, der schnellste Kurssturz seit Beginn
der Aufzeichnungen.

Hier waren zwei Faktoren zusammengekommen. Auf der einen Seite hatten Saudi-Arabien und Russland einen Preiskrieg auf dem Ölmarkt begonnen, also Öl bewusst günstig verkauft, um der Gegenseite die Profitgrundlage zu entziehen. Investitionen am Energiemarkt hatten daraufhin eine schlagartig niedrigere Profiterwartung und Anleger_Innen versuchten ihre Wertpapiere in bares Geld zu verwandeln.

Außerdem wurden die Folge des umfassenden „Lockdown“ in China spürbar, die viele Zwischenprodukte für weltweite Produktionsketten liefern. Auch hier mussten sich Kapitalist_Innen nach Krediten umsehen, um den erwarteten Umsatzverlust zu überstehen, und verkauften andere Anlagen.

Das Ergebnis ist eine klassische Finanzkrise, in der die Nachfrage nach Wertpapieren und daher die Kurse zusammenbrechen, Kreditnehmer_Innen nicht mehr in der Lage sind zurückzuzahlen, und viele Firmen Überbrückungskredite anfordern, die aber nur teuer zu bekommen sind, weil die Rückzahlung unsicher ist.

Die Nachwirkungen der Krise 2008

Ähnlich hatte auch die
Krise 2008 begonnen, wo eine massive Blase auf den Hypotheken- und Hausmärkten
geplatzt war als die Rückzahlungsausfälle sich häuften. Das hatte die
Profitkrise in der europäischen und US-amerikanischen Produktion offengelegt

und zur größten globalen Krise seit 1929 geführt.

Üblicherweise führen
Krisen zu einer Reihe von Firmenpleiten und damit zu einer Vernichtung (also
Außerdienststellung) von deren fixem Kapital. In der Folge ist eine Erholung möglich, weil der Anteil der menschlichen Arbeitskraft wieder steigt und in der
Tendenz die produktiveren Kapitale überleben.

Die Antwort 2008 bestand aber aus einer Kombination aus Niedrigzinspolitik, internationaler Koordination, und der kaum beschädigten Produktivität in China und Lateinamerika (vor allem Brasilien), die den Weltwirtschaftsmotor wieder ankurbelte. Außerdem wurden viele sozialstaatliche Errungenschaften der Arbeiter_Innenklasse mit massiven Austeritätsprogrammen angegriffen und beseitigt. Die Kosten, die nicht verhindert werden konnten wurden also auf die Bevölkerung abgewälzt.

Mit der **Niedrigzinspolitik** wurde das Reproduktionsproblem des Kapitalismus nach ersten Geburtsschwierigkeiten teilweise gelöst, aber nicht die Verwertung angekurbelt. Die Kapitalist_Innen blieben auf ihren Produkten und dem fixen Kapital der Vorkrisenperiode sitzen, ein neuer Zusammenbruch war vorprogrammiert.

Auch internationale Koordination hat bestimmte Grenzen, die durch den globalen und brutalen Wettbewerb im Kapitalismus gegeben sind. Dass dieses Instrument überstrapaziert war konnte man an den Handelskriegen, vor allem zwischen den USA und China, und der EU und Russland, sehen. Die nationalen Kapitale verlangten hier von ihren Regierungen sie bei der Durchsetzung gegen die internationale Konkurrenz tatkräftig zu unterstützen.

Und China, wo die
Produktivität sich schon vor 2020 verlangsamt hatte, ist besonders hart von der
Pandemie getroffen. Zumindest in den nächsten Monaten wird es nicht in der

Lage
sein, die Weltwirtschaft mit Investitionsmöglichkeiten und Nachfrage auszuhelfen.

Politische Spielräume und internationale Spannungen

Die unmittelbaren Auswirkungen der Coronakrise sind vor allem ein Anstieg der Arbeitslosigkeit, ein Zusammenbrechen der kapitalistischen Investitionen, für die im Moment kein hoher Ertrag zu erwarten ist. Weder Arbeiter_Innen noch Kapitalist_Innen haben im Moment die Mittel oder die Lust, groß einzukaufen, was zu einem Zusammenbruch der globalen Nachfrage (außer für Medizinprodukte) führt. Das bedeutet, um den Begriff von vorhin zu verwenden, eine **Realisierungskrise**.

Gleichzeitig stehen auch viele bereits bezahlte Investitionen still, weil Arbeiter_Innen und Zwischenprodukte fehlen, es kommt also eine weltweite **Produktionskrise** dazu. Nachdem die Verwendung menschlicher Arbeitskraft in der Produktion die Grundlage des kapitalistischen Profits ist, bricht der Kapitalkreislauf auch an diesem Punkt zusammen.

Der Zusammenbruch der Finanzmärkte ist eine Folge der Krisentendenz der fallenden Profitrate, die im Kapitalismus immer auftreten wird. Sie wird noch verschärft durch die internationalen Spannungen und deren Auswirkungen auf die Energiemärkte (Preiskrieg) und die Produktionsketten (Handels- und Zollkrieg). Das führt dazu, dass Kapitalist_Innen nicht an die Mittel kommen um sich über die Krise zu retten, oder neue Investitionen zu finanzieren, also einer tiefen **Kreditklemme**.

Die Kombination dieser
drei Krisendynamiken und die Kosten der Gesundheitskrise lassen erahnen, dass
uns eine Rezession bevorsteht, die sehr wahrscheinlich noch schlimmer sein wird
als 2008 oder sogar 1929. Auf der einen Seite ist das so, weil die Auswirkungen
der drei Faktoren sich aufsummieren. Aber auch der Weg aus der Krise

heraus ist
schwieriger, weil nicht nur ein Problem (vorübergehend) gelöst werden muss.
Außerdem sind die Lösungsstrategien, die 2008 halbwegs funktioniert haben, fast
restlos ausgeschöpft.

Darauf können sich auch die ökonomischen Vertreter_Innen der Kapitalist_Innen, in den großen Banken und Universitäten, einigen. Die Bank of America erwartet bis zu 20 Millionen mehr Arbeitslose und einen Einbruch des Wirtschaftswachstums um 10 Prozentpunkte. Das würde die tiefste Krise seit dem zweiten Weltkrieg bedeuten. Und selbst dieses Szenario geht optimistisch davon aus, dass die Weltwirtschaft schon im Oktober wieder normal läuft und kräftig wächst.

Auch die Washington
Post titelt *„Die Coronakrise zeigt, dass unsere Wirtschaft nicht so stark ist wie gedacht*". Nouriel Roubini, der das Buch *„Crisis Economics*"
geschrieben hat und unter bürgerlichen Ökonom*innen als Experte gilt, schreibt,
dass die Krise tiefer als 2008 und die Erholung weniger erfolgreich sein wird.

Wer leidet unter, wer bezahlt für die Krise?

Sowohl die Pandemie als auch die ersten Auswirkungen der Krise treffen die unterdrücktesten Teile der Arbeiter_Innenklasse am härtesten. In New York City, wo diese Daten bezirksweise veröffentlicht werden, liegen die Infektionen in den ärmsten Bezirken teilweise um das Fünffache über denen in den besten Gegenden von Manhattan. Besonders junge und migrantische Arbeiter_Innen sind von Entlassungen, besonders Frauen von der gefährlichen Arbeit mit mangelhafter Schutzausrüstung betroffen. Und die UN warnt davor, dass der Virus in afrikanischen Ländern zu Millionen Toten führen könnte. Gleichzeitig nimmt die Gewalt gegen Frauen und rassistische Hetze, vor allem gegen Menschen aus asiatischen Ländern und Geflüchtete, massiv zu.

Im Moment verschlechtert sich die Lage in Österreich sowohl für Arbeiter_Innen, die mit Arbeitslosengeld oder Kurarbeit zwischen 10 % und 40 % ihres Gehalts verlieren, aber auch für die Kapitalist_Innen und Unternehmer_Innen die ganz ohne Einkommen dastehen. So eine Unsicherheit lässt sich in der eigenen Villa und mit dickem Sparkonto aber besser überstehen als für die 20 % der Bevölkerung deren Gesamtvermögen unter 10.000 Euro liegt.

Ein großes Problem ist, dass unsere politische und gewerkschaftliche Aktivität im Moment fast stillsteht, während Regierung und Kapitalist_Innen ihre politischen Vorstellungen direkt in Gesetze gießen können, und das auch tun. Dass die Überbrückungshilfen vor allem an große Unternehmen ausbezahlt werden, oder dass Arbeiter_Innen im „Home-Office" den Jahresurlaub aufbrauchen sollen, zeigen das ganz klar.

Wir müssen sicherstellen, dass die Kosten der kommenden Krise nicht auf die Arbeiter_Innen, Jugendlichen und Unterdrückten abgewälzt werden. Das bedeutet auf der einen Seite schon jetzt Bündnisse zu schmieden, mit Bekannten, Kolleg_Innen und politischen Aktivist_Innen zu reden und uns vorzubereiten. Es würde wohl Sinn machen, am „Tag X" nach der Quarantäne eine Großdemonstration gegen alle Entlassungen, Lohnkürzungen und geplanten Sparpakete zu organisieren, aus der eine kämpferische Bewegung entstehen kann.

Bis dahin müssen wir uns um ein politisches Aktionsprogramm sammeln. Eckpunkte müssen ein (1) Verbot aller Entlassungen und Wohnungskündigungen, (2) Weiterbezahlung der vollen Löhne, (3) ausreichende Bereitstellung von Schutzmaterial in den Berufen die weiterarbeiten müssen, festgelegt von den Arbeiter_Innen selber, (4) die Öffnung der Grenzen für Geflüchtete die jetzt besonders gefährdet sind, (5) Ausbau der Schutzeinrichtung für Betroffene von häuslicher Gewalt, und (6) Bereitstellen von Wohnmöglichkeiten in leerstehenden Häusern und Hotels für Geflüchtete, Obdachlose und andere die es brauchen, sein.

KURZ ERKLÄRT I: Krise ist immer dann, wenn einer dieser Übergänge nicht mehr gelingt. Wenn die Produkte nicht mehr verkauft, also in Geld

umgewandelt werden können, heißt das **Realisierungskrise**, wenn man gerne investieren möchte aber nicht an die notwendigen Mittel kommt sagt man **Kreditklemme**, und wenn der Produktionsprozess zusammenbricht (zum Beispiel, weil die Arbeiter_Innen in Quarantäne müssen) kann man das **Produktionskrise** nennen.

KURZ ERKLÄRT II: Niedrigzinspolitik ist eine Strategie mit den Zentralbanken versuchen mit sehr geringen bis 0%-Zinsen Investitionen anzukurbeln. Da der der (Nominal-) Leitzinssatz jedoch nicht weiter als auf null fallen kann hat diese Strategie gegenwärtig eine begrenzte Effektivität.

Die Grünen – Neoliberalismus fürs Kapital

Sara Mertens

Die
Grünen gehörten bei den Wahlen im vergangenen Jahr zu den Parteien mit dem größten Wähler_Innenzuwachs.
Beispielsweise sind sie bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg 2020 auf 24,2 % der Stimmen gekommen und haben somit ihren Stimmenanteil fast verdoppelt. Während die Grünen Erfolge feierten, mussten CDU und SPD große Verluste einstecken. Zu diesem Zeitpunkt war Corona noch weit entfernt, der Klimaschutz dominierte das gesellschaftliche Interesse und die Leute wünschten sich statt ein „Weiter so“ neue Dynamik und Modernität, unter welcher Fahne sich das neue Parteispitzen-Duo Annalena Baerbock und Robert Habeck präsentierte. Ziemlich genau seit der Coronakrise stürzen sie in den Umfragen wieder ab und viele suchen die „Stabilität“ einer konservativen Regierung. Aber wäre eine Regierung mit den Grünen überhaupt so ein Aufbruch?

Was unterscheidet die Grünen von den anderen Parteien?

Schon in den ersten Sätzen des Programms wird betont, dass der Klimaschutz Wohlstand und Beschäftigung sichern und die Welt gerechter machen soll. Vor allem für die ärmere Bevölkerung. Dieser soziale Ansatz lässt sich in dem konkreten Ziel nicht wiederfinden. Alle Maßnahmen stützen sich primär auf einen entscheidenden Aspekt: Der Vorstellung einer grüneren Wirtschaft, auch „Green New Deal“ genannt.

Zuallererst wird auf den Markt und dem ihm innewohnenden Wettbewerb bzw. Konkurrenz-Mechanismen verwiesen, welche quasi ganz natürlich die besten Lösungen zur Bekämpfung der Klimakrise hervorbringt. Dass der Markt rein aus dem Gesichtspunkt der Profitmaximierung funktioniert und die nachhaltigsten und klimaschonendsten Produkte nur selten die profitabelsten sind, soll mit der CO_2-Bepreisung ausgemerzt werden. Sie soll dafür sorgen, dass sich „Investitionen in Klimaschutz betriebswirtschaftlich lohnen“ (vgl. Programm der Grünen/Thema: Klimaschutz). Dass zum einen der Klimaschutz den eigensinnigen Entscheidungen von Kapitalist_Innen überlassen wird, zum anderen in den meisten Fällen die Steuer einfach auf den Preis des Endproduktes draufgeschlagen wird und somit primär die Verbraucher_Innen dafür aufkommen müssen, wird in Kauf genommen.

Daneben wollen sie mehr Geld für den Ausbau vom Öffentlichen Nahverkehr und Radverkehr ausgeben. Gleichzeitig wollen sie aber auch „eine gute Zukunft für die deutsche Automobilindustrie“ (vgl. Programm der Grünen/Thema: Verkehrspolitik). Einen wirklichen Bruch mit dem motorisierten Individualverkehr wollen sie also nicht, obwohl dieser vor allem in Produktion aber auch Nutzung einen großen Teil des CO_2-Ausstoß ausmacht.

Unter dem Punkt
„Grüner Wirtschaften“ formulieren sie ihr Ziel dann ganz klar:
„Zusammen wollen wir Deutschland zum Pionierland für ökologische Innovation machen.“ Hierfür
wollen sie die „Lebensqualität
immer mehr vom Ressourcenverbrauch abkoppeln.“
(vgl. Programm der Grünen/ Thema: Grüner Wirtschaften)
Wie diese Entkopplung genau funktionieren soll, wird nicht erklärt. Die bisherigen Versuche sind kläglich gescheitert, denn bis jetzt kam es lediglich zu einer Verlagerung der dreckigen Industrie und Abfälle ins Ausland.

Was haben die Grünen in der Vergangenheit realpolitisch bewirkt?

Betrachtet man die Politik der
Grünen in den vergangenen Jahrzehnten wird einem schnell klar, dass sie nicht selten ihre Vorsätze über den Haufen werfen, wenn es um konkrete politische Entscheidungsprozesse geht.

Der erste Angriffskrieg seitens
Deutschland nach dem 2. Weltkrieg wurde 1999 in Kosovo geführt. Die Rot-Grüne Regierung mit Joschka Fischer als Grüner Außenminister beschloss völkerrechtswidrig serbische Einrichtungen und Städte zu bombardieren. Dass die Luftangriffe die Lage am Boden noch mehr eskalieren ließen, wurde in Kauf genommen. Auch die vielen zivilen Opfer versuchte man als „Kollateralschaden“ abzutun, wie zum Beispiel durch die Verseuchungen nach dem Luftangriff auf eine Chemiefabrik. Durch die Zerschlagung des Jugoslawischen Staates konnte Deutschland die verschiedenen Kleinstaaten an die EU anbinden und damit die eigene ökonomische und politische Macht in der EU ausbauen. Gleichzeitig wurde durch diesen Einsatz versucht, den Einfluss Russlands auf Europa zurückzudrängen. Abschiebungen und rassistische Unterdrückung haben im Übrigen auch nirgendwo aufgehört, wo die Grünen an der Regierung waren.

Doch nicht nur ihr Friedensideal
haben sie, sobald sie an der Regierung beteiligt waren, über den Haufen geworfen. Auch ihr „soziales“ Programm wird den Wirtschaftsinteressen geopfert.

Mit der Regierungserklärung von
Schröder 2003 zur Agenda 2010 sollte Wirtschaftswachstum, mehr Beschäftigung und der „Umbau des Sozialstaates“ erreicht werden. Die Grünen stimmten dieser Erklärung auf dem Sonderparteitag im Juni 2003 mit 90% Mehrheit zu. Konkret umfasst dies z.B. eine Lockerung des Kündigungsschutzes und eine Senkung der Lohnnebenkosten, indem die Mitarbeiter_Innen mehr Sozialabgaben bezahlen müssen. Die Arbeitslosenhilfe wurde abgeschafft und durch Arbeitslosengeld 2 (Hartz IV) in Höhe der alten Sozialhilfe ersetzt. Die alte Arbeitslosenhilfe war von dem vorherigen Einkommen des Beschäftigten abhängig und in der Regel um einiges höher als das heutige Hartz IV. Gleichzeitig wurde die Auszahlung von Arbeitslosengeld auf 12 Monate gekürzt. Das hat viele Arbeitslose zur Annahme von schlechter bezahlter Arbeit gezwungen. Die Arbeitslosenzahlen gingen runter, weil Menschen bis heute z.B. mehrere Minijobs annehmen müssen und trotzdem kaum über die Runden kommen. Manche Vollzeitbeschäftigte müssen Arbeitslosengeld 2 beziehen, weil ihr Gehalt nicht zum Leben reicht. Somit hat diese Agenda einen neuen Niedriglohnsektor geschaffen auf Kosten der Arbeiter_Innen und im Interesse des Kapitals. Dies wird aber vor allem der SPD zugerechnet und kaum jemand sieht die Mittäter_Innenschaft der Grünen.

Doch wie
sieht’s mit den Umwelt- und Klimaschutz-Zielen aus?
Abgesehen
davon, dass die beschriebenen Forderungen und Ziele unzureichend sind, halten die Grünen sich nicht mal an diese Ideale. 2016 stimmten sie in NRW der Rodung von weiteren 200 Hektar des Hambacher Forstes zu und gaben damit RWE die Möglichkeit, durch die

Braunkohlegewinnung weiter Profit zu generieren. Auch in den Jamaika-Verhandlungen zeigten sie sich kapitaltreu und ließen ein Ziel nach dem anderen fallen. Doch selbst, wenn sie versuchen würden, die gesteckten Ziele einzuhalten, stellt sich die Frage:

Inwiefern ist nachhaltiges und soziales Wirtschaften im Kapitalismus überhaupt möglich?

Das Ziel bei der Produktion ist nicht, ein für die Gesellschaft nützliches und preiswertes Produkt zu schaffen, sondern einen Mehrwert zu generieren. Also das, was der_die Kapitalist_In am Ende für sich abschöpfen kann.

Um auf dem Markt überleben zu können, muss dem Expansionszwang nachgekommen werden. Das ist nur möglich durch Arbeitsintensivierung oder der Vergrößerung der Maschinen, Fabriken, Landflächen und so weiter. Somit führt die Produktionsform zwangsweise zu einer Ausbeutung der Arbeiter_Innen und der Umwelt. Da in diesem Marktsystem immer die Gewinnmaximierung im Vordergrund steht, gehen die Forderungen der Grünen wie die CO_2-Bepreisung nicht zu Lasten des Kapitals sondern der Arbeiter_Innen .

Doch was brauchen wir stattdessen?

Für einen wirklichen sozialen und ökologischen Wandel dürfen wir nicht länger unsere Hoffnung in Parteien wie die Grünen stecken, welche letztendlich für „Die Wirtschaft“ Politik machen. Das Interesse der Arbeiter_Innenklasse wird von bürgerlichen Parteien immer der Profitmaximierung untergeordnet werden. Um mit der bürgerlichen Vormachtstellung zu brechen, brauchen wir eine globale Bewegung, eine revolutionäre Bewegung, mit welcher wir Widerstand leisten, indem wir Aufklärungsarbeit leisten,

protestieren und streiken mit dem Ziel, diese Wirtschaftsweise und Gesellschaftsform zu überwinden. Denn nur mit einer globalen Planwirtschaft ist es möglich, klimafreundlich und nach den Bedürfnissen der Menschen zu produzieren. Um diese global aufzubauen, müssen wir den Kapitalismus global stürzen und dazu ist nur eine revolutionäre Internationale in der Lage. Durch die Organisierung von Räten in Schulen, Unis und Betrieben muss Bewusstsein und Möglichkeit geschaffen werden, welches die Arbeiter_Innen befähigt, eigene Forderungen zu entwickeln und durchzusetzen. Dadurch kann eine Überführung der Betriebe und aller öffentlichen Einrichtungen in die Kontrolle der dort Arbeitenden und Nutzenden geplant und umgesetzt werden. Hier gäbe es keinen Widerspruch mehr zwischen den Interessen der „Wirtschaft“ und unserer Zukunft. Alles, was vernünftig ist (wie zum Beispiel Klimaschutz), können wir dann diskutieren, beschließen und umsetzen!

Deswegen dürfen wir nicht
verkennen, dass Parteien wie die Grünen Teil des Problems sind und nicht dessen Lösung.

E-Learning: Warum der Corona-Online-Unterricht diskriminierend und gefährlich ist.

Katjuscha Forcella

Seit

Mitte März diesen Jahres sind auf Grund der Pandemie nun auch in Deutschland alle Schulen geschlossen, aber die Schüler_Innen haben keineswegs „Corona-Ferien“, wie es sich vielleicht so manch eine_r erhofft hatte. Das Pauken muss weitergehen, schließlich dürfen ja keine Wissenslücken entstehen. Wie aber sollen nun die Lerninhalte von den Lehrer_Innen zu uns Schüler_innen und in unsere Köpfe gelangen? Das Zauberwort heißt an dieser Stelle „E-Learning“! Wir Schüler_Innen sollen nun über virtuelle Lernplattformen, Online – Tutorials oder digitale Arbeitsblätter unser Lernpensum von Zuhause aus absolvieren. Klingt erst einmal einleuchtend und simpel? Ist es aber nicht: Wie selbstverständlich wird vorausgesetzt, dass alle Schüler_Innen die nötige Hardware, also einen Computer und Drucker samt Zubehör daheim haben. Auch wenn viele Familien heute technisch gut ausgestattet sind, heißt das immer noch nicht, dass für jedes Kind ein eigenes Gerät zur Verfügung steht. Auch nicht jede_r von uns hat ein eigenes Zimmer oder kann sich mit vielen Geschwistern in einer engen Wohnung gut auf das Arbeiten konzentrieren. Während einige von uns Eltern haben, die selber studiert haben, fließend Deutsch sprechen und ihre Kinder während des Homeoffice gut bei den Aufgaben unterstützen können, haben andere von uns Eltern, die vielleicht eine andere Muttersprache oder eine andere Schulbildung erfahren haben und alleinerziehend sind oder täglich für wenig Geld im Supermarkt oder Krankenhaus arbeiten müssen. Kinder und Jugendliche aus prekär lebenden Familien werden also durch das E-Learning massiv benachteiligt.

Wenn
man auf dem Land wohnt, bringen einem genügend Geräte auch nicht viel, wenn die Internetverbindung nicht funktioniert. Denn in Deutschland sind überwiegend private Anbieter_Innen (Telekom, Unitymedia & Co) für die Internetversorgung zuständig und dadurch haben insbesondere ländlichere Regionen ein echtes digitales Versorgungsproblem, denn in dünn besiedelten Regionen machen die Anbieter_Innen weniger Profite und die Netzbelastung ist durch die Maßnahmen deutlich stärker. Für viele Schüler_Innen heißt das

konkret, dass ihre Internetverbindung immer wieder zusammenbricht oder zu schwach ist. Und nicht nur für die Schüler_Innen ist die Situation schwierig, sondern auch sind die Lehrer_Innen sind nur unzureichend für das Medium E-Learning fortgebildet. Im Europäischen Vergleich steht Deutschland dies bezüglich laut der Studie des CEPS (2019) auf Platz 27, also ganz unten.

Das E-Learning, wie es momentan umgesetzt wird, stellt vielmehr eine „Beschäftigungstherapie“ dar, als ein pädagogisches Konzept. „Wir müssen täglich so viele Aufgaben bearbeiten und fristgerecht einreichen, dass ich noch weniger Freizeit habe als vor den Schulschließungen.“, sagt L., eine Schülerin des Victor-Klemperer-Kollegs in Berlin. Auch hier zeigt sich, dass es in der Schule, egal ob virtuell oder analog, vor allem darum geht, disziplinierte Menschen für den (digitalisierten) Arbeitsmarkt heranzuziehen, die auch unter hohem Druck gute Leistungen erbringen. Das E-Learning-Format macht es darüber hinaus auch möglich, Aufgaben so zu stellen, dass die Leistungen von uns Schüler_Innen maximal messbar und so auch besser zu vergleichen sind. Dies erhöht den dem Kapitalismus innewohnenden Konkurrenzdruck auf uns Schüler_Innen untereinander. Außerdem lassen sich wirkliche Lerngewinne, die über reines Abfragewissen hinausgehen, auch gar nicht in messbaren Zahlen ausdrücken.

E-Learning = Einbahnstraße

Lernen
ist eigentlich ein kollektiver Prozess, in dem sich Schüler_Innen austauschen, gemeinsam Probleme lösen und sich gegenseitig mit ihren unterschiedlichen Stärken und Schwächen unterstützen können. So wie jedoch das virtuelle Lernen momentan umgesetzt wird, pusht es nur die Individualisierung und Vereinzelung – die Schüler_Innen sind mit all ihren Aufgaben auf sich allein gestellt. E-Learning ist kein gemeinsamer Austauschprozess sondern eine autoritäre Einbahnstraße, bei der lediglich Befehle erteilt und diese ausgeführt werden. Dass wir keine Mitsprache bei den Inhalten haben und nie hatten, bremst unsere Neugierde und macht es unter solchen Umständen noch schwieriger, vereinzelt für irgendwas Eigeninitiative zum

selbstständigen Arbeiten aufzubringen.

Die
Schule als physischer Raum stellt nicht nur den Ort dar, an dem wir uns täglich aufhalten und Inhalte lernen müssen, die wir uns nicht selber ausgesucht haben, sondern es ist auch ein Ort, an dem wir uns untereinander vernetzen können und uns gemeinsam gegen Ungerechtigkeit im Schulalltag organisieren können. Wenn wir aber jede_r in unserem Zimmer vor unseren Computern sitzen und den ganzen Tag damit beschäftigt sind, übermäßig viele Schulaufgaben zu erledigen, macht das ein Zusammenschließen für unsere Rechte und Bedürfnisse nahezu unmöglich.

Wir fordern, dass E-Learning-Aufgaben in Zukunft deutlich mehr auf kooperatives Problemlösen anstatt auf individualistisches Auswendiglernen und Abarbeiten ausgelegt werden. Online-Lehrmittelmaterialien und damit auch Inhalte müssen einer demokratischen Kontrolle unterliegen. Lehrmittel, wie Softwarepakete oder auch technische Grundausstattung wie Computer und Drucker müssen allen Schüler_Innen kostenlos zur Verfügung gestellt werden, um einer strukturellen Benachteiligung im Bildungssystem entgegen zu wirken. Das E-Learning hat dafür gesorgt, dass wir mit sehr unterschiedlichen Startbedingungen weitermachen, sobald der Unterricht wieder normal im Schulgebäude stattfindet. Trotzdem schreiben wir später alle dieselben Prüfungen und Klassenarbeiten. Wir fordern zusätzliche finanzielle Mittel, um mehr Ressourcen wie Lehrpersonal und Sozialarbeiter_Innen bereitzustellen, die den neuen Anforderungen gerecht werden können.

Abitur 2020: Prüfungsdruck im

Corona-Chaos

Sani Meier

Die weltweit andauernde Ausbreitung des Corona-Virus stellt nicht nur den Alltag von Lohnabhängigen in Deutschland vor Probleme: Neben Universitäten sind seit Wochen auch sämtliche Schulen zum Schutz vor Neuinfektionen geschlossen. Neben den Schwierigkeiten des Online-Unterrichts (Revo berichtete: LINK EINFÜGEN) gab es in letzter Zeit viel Verwirrung um die anstehenden Abitur- und Abschlussprüfungen. Ob und wie diese überhaupt stattfinden würden, stand bis vor Kurzem noch zur Diskussion. Problematisch hieran war zunächst, dass keine einheitliche bundesweite Regelung gefunden wurde, sondern jedes Bundesland erstmal individuell über den Verlauf der Prüfungen entschieden hat. Während also in Hessen bereits schriftliche Abiturprüfungen stattgefunden haben, sollten diese in Schleswig-Holstein vollständig abgesagt werden. Nun wurde letzte Woche durch die Kultusministerkonferenz (KMK) entschieden, dass die Abschlussprüfungen in ganz Deutschland stattfinden sollen. Die jeweiligen Termine sollen die Schulen selbst festlegen. Wir halten diese Entscheidung aus mehreren Gründen für problematisch:

Die KMK verspricht im Zuge ihrer Entscheidung, dass die Schüler_Innen keinerlei Nachteile durch diese Situation haben sollen. Wie dies in der Realität umsetzbar sein soll, ist schwer vorstellbar: Schüler_Innen treten zum momentanen Zeitpunkt zwangsläufig unter erschwerten Bedingungen zu ihren Prüfungen an: Denn zusätzlich zum ohnehin schon enormen Leistungsdruck befinden sie sich nun auch unter erhöhtem psychischen Druck: Die eigene Familie befindet sich durch Lohnausfälle möglicherweise in Existenznot, Geschwister sind durch Schließung der Schulen und Kitas ganztägig zuhause und ältere Geschwister sind somit zusätzlich mit deren Betreuung beschäftigt. Von einer konzentrierten Lernatmosphäre kann bei vielen zu Hause keine Rede sein. Der chaotische Online-Unterricht und der fehlende Austausch mit Mitschüler_Innen führen zu weiteren Unsicherheiten.

Indem die Abi-Vorbereitung in den Haushalt verlegt wird, wird die ohnehin

bestehende Ungerechtigkeit im Bildungssystem noch verstärkt. Lernen wird zum Klassenprivileg. Es wird selbstverständlich vorausgesetzt, dass alle Schüler_Innen die nötige Hardware, also einen Computer und Drucker samt Zubehör daheim haben. Auch wenn viele Familien heute technisch gut ausgestattet sind, heißt das immer noch nicht, dass für jedes Kind ein eigenes Gerät zur Verfügung steht. Während einige von uns Eltern haben, die selber studiert haben, fließend Deutsch sprechen und ihre Kinder während des Homeoffice gut beim Lernen unterstützen können, haben andere von uns Eltern, die vielleicht eine andere Muttersprache oder eine andere Schulbildung erfahren haben und alleinerziehend sind oder täglich für wenig Geld im Supermarkt oder Krankenhaus arbeiten müssen.

Zusätzlich zum erhöhten psychischen Druck und verstärkter Diskriminierung bedeutet die Durchführung der Prüfungen auch ein gesundheitliches Risiko für die Betroffenen: Sowohl die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln, als auch der stundenlange Aufenthalt mit vielen Leuten in einem Raum bedeuten ein erhöhtes Infektionsrisiko und ein mögliches beschleunigtes Fortschreiten der Pandemie. Auch unter Schüler_Innen gibt es Risikogruppen, welche nicht dazu gezwungen werden dürfen, sich dieser erhöhten Gefahr auszusetzen.

Weiterhin kritisieren wir die Bedingungen unter denen die KMK diese Entscheidung getroffen hat. Während es wochenlang keine einheitliche Regelung gab, formulierten viele Schüler_Innen bereits online Vorschläge zur Durchführung ihrer Prüfungen. Besonders stark wurde einerseits der Entfall der schriftlichen Prüfungen gefordert, welche durch eine Durchschnittsnote der vergangenen Schuljahre ersetzt werden würde und andererseits die Verschiebung der Prüfungen in die Zukunft. Klar ist also, dass ein Großteil der Schüler_Innen sich gegen eine reguläre Durchführung zum jetzigen Zeitpunkt aussprach und dass diese Forderung von der KMK komplett ignoriert wurde. Wir fordern deshalb, dass solche Entscheidungen von den Personen getroffen werden sollten, die direkt davon betroffen sind: Schüler_Innen sollen selbst über die Bedingungen ihres Lernens und somit auch über die Bedingungen ihrer Prüfungen bestimmen, denn nur so kann eine wirklich faire und demokratische Entscheidung getroffen werden.

Diese Forderungen beschränken sich nicht nur auf die Abiturprüfungen,

sondern gilt genauso für ESA- und MSA-Prüfungen. Die Schüler_Innen dieser Bildungswege befinden sich in einer identischen Situation und sollten genauso vom Prüfungszwang befreit werden.

Wir fordern deshalb:

- Infektionsschutz statt Leistungszwang: Für die Freiheit aller Schüler_Innen, selbst zu entscheiden, ob sie jetzt zu ihren Prüfungen antreten oder diese lieber verschieben wollen!
- Organisierung von Schüler_Innen an ihren Schulen: Für den Aufbau demokratischer Strukturen an den Schulen, damit wichtige Entscheidungen direkt von den Schüler_Innen getroffen werden können!
- Finanzielle Absicherung auch bei Ausfall von Schule, Job und Uni: Sowohl die Löhne, als auch Bezüge von Bafög u.ä. müssen weiterhin in voller Höhe ausgezahlt werden!

Was können Antikapitalist_Innen in FFF jetzt noch tun?

Marvin Schutt + Jakob Wendehals

Auch bei Fridays for
Future hat die Corona-Pandemie eine Atempause ausgelöst, zumindest was Aktivismus außerhalb des Internets angeht. Manche Zyniker_Innen behaupten zwar, das Virus, das Fabriken schließt und Fluggesellschaften in den Abgrund reißt, sei die lang ersehnte Lösung der Umweltkrise. Wir denken aber immer noch, wir können dem Kapitalismus auch nach vorne entkommen und sind nicht darauf

angewiesen, in ein Zeitalter von Seuchen und Subsistenzwirtschaft zurückzufallen. Da sich aktuell auch viele Andere nicht damit zufriedengeben wollen, wird die Bewegung wohl früher oder später weitergehen. Was sind dann aber die Aufgaben von Antikapitalist_Innen, denen Warten auf das nächste Klimapäckchen und ein paar Appelle an die Regierung nicht ausreichen?

Die aktuelle Situation in FFF

Schon
vor Corona befand sich die FFF-Bewegung in einer Phase der Stagnation: Kaum in einer Stadt ist noch regelmäßig und massenhaft gestreikt worden, auch die Teilnehmer_Innenzahlen der Großveranstaltungen und Aktionstage sanken und führende Aktivist_Innen sind frustriert, überarbeitet und ziehen sich ins Private zurück. Der Hauptgrund dafür ist das Ausbleiben politischer Erfolge. Millionen von Aktivist_Innen haben sich der Bewegung angeschlossen, um den Klimawandel zu stoppen, haben viel Gegenwind und Repression für ihren Aktivismus geerntet und viel Kraft, Energie und Arbeit in die Bewegung gesteckt. Und was haben wir dafür bekommen? Lausige Klimapakete, folgenlose internationale Konferenzen und eine Menge heißer Luft.

Die
Klimakrise kann jedoch nicht beendet werden, wenn wir sie nicht an ihren Wurzeln in der kapitalistischen Profitlogik, dem Privateigentum an Produktionsmitteln und der schonungslosen Ausbeutung von Mensch und Natur anpacken. Die Forderungen von FFF sind weit davon entfernt. Sie verbinden die sozioökonomischen Interessen der Millionen von Lohnabhängigen in diesem Land nicht mit der Klimafrage. Die Bewegung hat es auch deshalb nicht geschafft, sich zu verbreitern und neue Teile der Gesellschaft außerhalb von ökologisch bewussten Schüler_Innen und Studierende zu mobilisieren. So konnte die Bewegung zwar viel Aufmerksamkeit für die Klimakrise schaffen, hat jedoch inhaltlich einen Green New Deal vorgeschlagen und sich damit in Deutschland eher zur Wahlkampfhelferin der Grünen qualifiziert,

anstatt eine systemverändernde Kraft darzustellen. Obwohl FFF in seinem ganzen Erscheinungsbild irgendwie links wirkt, ist es wichtig, dass wir nicht vergessen, dass es sich um eine pro-kapitalistische Bewegung handelt, da es vor allem zum Ziel hat, bloß den Kapitalismus „grüner“ zu machen. Doch das ist nicht in Stein gemeißelt und wenn das jemand ändern kann, dann wir Antikapitalist_Innen!

Was können wir also tun?

Zuerst
einmal ist es wichtig, dass wir offen als Antikapitalist_Innen in der Bewegung auftreten. Wenn wir Verstecken spielen, tun wir Luisa und Co. nur den Gefallen, dass sie sich nicht öffentlich positionieren müssen und machen es ihnen leicht, uns als Unterwanderer und Spalter_Innen darzustellen. Stattdessen sollten wir offen und deutlich aber solidarisch unsere Kritik an der Führung und dem aktuellen Kurs der Bewegung äußern.

Daneben
sollten wir uns darauf konzentrieren, selbst Aktionen zu machen. Ausschließlich Debatten über Strukturvorschläge helfen uns gerade nicht weiter und lenken unsere Aktivität nach innen statt nach außen, wo sie die frustrierten Aktivist_Innen gerade eigentlich brauchen. Und wenn wir die ganze Zeit nur am Rand stehen und meckern, wird uns auch eh niemand ernst nehmen.

In
der Praxis können wir zeigen, was wir mit antikapitalistischer Politik meinen. Eine hervorragende Gelegenheit dafür bietet eine Kampagne für kostenlosen öffentlichen Nahverkehr, denn der Verkehr stellt
die drittgrößte Quelle für CO2-Emissionen in Deutschland dar.
Dazu mehr im Artikel „Vom
kostenlosen Nahverkehr bis zum Sozialismus – Wie geht das?“.
Da eine Tarifrunde für die Beschäftigten im Nahverkehr Ende Juni

vor der Tür steht, liegt hier eine Zusammenarbeit mit den Arbeiter_Innen und Gewerkschaften auf der Hand. Sollte die Kampagne Erfolg haben, kann sie der Basis von FFF eindrucksvoll vor Augen führen, dass die organisierte Arbeiter_Innenklasse eine wesentlich bessere Kampfpartnerin als die „Entrepreneurs for Future“ oder die Grünen ist.

Gleichzeitig
kann die Kampagne ein Beispiel dafür sein, wie wir nicht nur das Was sondern auch das Wie der Arbeit von FFF verändern können. Anstatt die thematischen Schwerpunkte und die Arbeitsweise offen und gemeinsam zu diskutieren, werden nämlich aktuell unzählige Kleingruppen gebildet, die still vor sich hinarbeiten und nur von der Führung wahrgenommen, priorisiert und kontrolliert werden. Dies müssen wir durchbrechen und stattdessen für anlassbezogene Aktionskonferenzen eintreten, die Beschlüsse für die ganze Bewegung demokratisch fassen können. Die Konferenzen sollten die gesamte Bewegung repräsentieren und aus demokratisch gewählten und abwählbaren Delegierten aus Schulen, Unis und Ortsgruppen bestehen. So können wir nicht nur die undemokratische Führung loswerden, sondern zugleich auch die vielen überlasteten Aktivist_Innen entlasten, indem neue Menschen Zugang in die Organisationsarbeit bekommen und die Arbeit auf mehrere Schultern verteilt wird.

Um
neue Aktivist_innen in die Bewegung zu integrieren, müssen wir darüber hinaus im Zuge der Nahverkehrskampagne anfangen, aktive Basisarbeit zu machen. Wir müssen anfangen,
uns auch dort zu organisieren, wo wir uns tagtäglich aufhalten: in unseren Schulen, Unis und Betrieben. Vor Ort müssen wir Basiskomitees aufbauen, die kontinuierlich Arbeit machen. Anstelle sich nur unter Gleichgesinnten zu bewegen, lohnt es sich durch Mobilisierungen, Vollversammlungen und kleineren Aktionen vor Ort die Debatte zu anderen Leuten zu bringen und unsere Themen sichtbarer zu

machen. Das sorgt für eine stetige Auseinandersetzung und befähigt gleichzeitig viele von uns, sich mehr einzubinden. Vor allem, ist die Hemmschwelle, sich einzubringen, für viele dort wesentlich geringer. Lasst
uns Vollversammlungen und Veranstaltungen an unseren Schulen organisieren, auf denen wir gemeinsam mit den Belegschaften aus dem öffentlichen Nahverkehr diskutieren, wie eine ökologische Verkehrswende aussehen kann. Gleichzeitig sollten wir als Schüler_Innen und Aktivist_Innen die Streikversammlungen und Streikposten der Beschäftigten besuchen, um unsere Solidarität auszudrücken. Was wir brauchen ist ein bundesweiter Aktionstag von FFF zum Thema Verkehrswende in Solidarität mit den Streiks und den Beginn einer aktiven Arbeit an unseren Schulen. Wenn
ihr dabei Unterstützung haben wollt, meldet euch gerne bei uns.

Vom kostenlosen Nahverkehr bis zum Sozialismus – Wie geht das?

Lars Keller

Abfahrt: Dieser Artikel entspricht einer 7-minütigen Busfahrt (auch wenn ihr in Zeiten von Corona vermutlich zu Hause seid)

Viele in Fridays for Future wünschen ihn sich, manche Gewerkschaftler_Innen überlegen ihn sich und Luxemburg hat ihn sich gegönnt – den kostenlosen öffentlichen Nahverkehr mit Bahn und Bus. Auch wir als kommunistische Jugendorganisation haben ihn in unserem Programm stehen. Aber warum eigentlich? Ist der kostenlose Nahverkehr etwa schon der Kommunismus?

Die kurze Antwort:

Nein. Offensichtlich ist es in Luxemburg trotz kostenlosem Nahverkehr nicht zur Enteignung der Kapitalist_Innen und klassenlosen Gesellschaft gekommen. Allerdings kann uns die Forderung nach kostenlosem Nahverkehr ein paar Bahnstationen näher zum Sozialismus bringen…

Station 1: Minimalforderung

Der kostenlose
Nahverkehr ist für uns eine sogenannte Minimalforderung. Das bedeutet, dass es zumindest möglich ist, ihn schon im Kapitalismus zu verwirklichen. Finanziert werden muss er dann natürlich trotzdem und zwar durch den Staat – klingt doch super oder? Nicht wirklich, denn der Staat finanziert sich aus Steuereinnahmen und die kommen zum allergrößten Teil von Arbeiter_Innen und deren Familien in Form von Lohnsteuer und Mehrwertsteuer. Am Ende würden Bus & Bahn also doch von denen bezahlt werden, die täglich auf sie angewiesen sind, auch wenn sie kein Ticket mehr brauchen.

Aber halt! Das muss
nicht sein! Wäre es nicht vielleicht möglich, dass diejenigen für einen Ausbau des Nahverkehrs zahlen, die gigantisch viel Kohle mit der Zerstörung der Umwelt gemacht haben – also z.B. Autokonzerne?

Die deutschen
Autohersteller_Innen sind die größten Gegner_Innen eines kostenlosen Nahverkehrs in Deutschland, denn sie würden dadurch weniger Autos verkaufen und Profit verlieren. Sie werden uns deshalb auch nicht freiwillig das Cash geben, um mehr Züge zu kaufen, noch werden sie sagen: „Gut, bauen wir halt nur noch Busse.“ – denn das wirft zu wenig Gewinn ab. Also müssen wir uns eben als Jugendliche und Arbeiter_Innen das Geld von VW und Co. nehmen und selbst die Produktion umstellen.

Station 2: Gewerkschaften

Es ist also klar, dass

hier Arbeiter_Innen unmittelbar gegen die Interessen der Kapitalist_Innen kämpfen – und dafür auch erst mal begeistert werden müssten. Das Werkzeug, mit dem Arbeiter_Innen die direktesten Interessen gegen ihre Bosse durchzusetzen versuchen, sind Gewerkschaften. Sie organisieren Arbeitskämpfe und Streiks, um z.B. einen höheren Lohn durchzusetzen – soweit nichts Neues.

Die Beschäftigten des Nahverkehrs sind in Deutschland in 3 unterschiedlichen Gewerkschaften organisiert: EVG (Eisenbahn-und Verkehrsgewerkschaft), GdL (Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer) und ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft). Alle drei treten derzeit für einen besser ausgebauten Nahverkehr mit mehr Personal und zu besseren Löhnen ein, auch wollen sie, dass Nahverkehr billiger wird und so mehr Leute Bus und Bahn nutzen – kurz die Gewerkschaften sind richtigerweise auf den Umweltzug aufgesprungen. Demgegenüber vertritt die IG Metall zum allergrößten Teil Beschäftigte der Autobranche – und stellt sich stramm hinter das Auto.

Leider ist es so, dass alle großen Gewerkschaftsführungen in Deutschland den Bossen viel näher stehen als den Beschäftigten. Sie sichern so ihre privilegierte Stellung innerhalb des Kapitalismus (ob aus gutem Glauben ans System, aus Boshaftigkeit oder aus der Dummheit, den Kampf diplomatisch statt offensiv führen zu wollen). Sie kontrollieren Arbeitskämpfe von oben herab und würden es schon gar nicht zulassen, dass Arbeiter_Innen mal eben selbst VW übernehmen und für die Verkehrswende blechen lassen. Aber genau hier gibt es einen möglichen Bruchpunkt zwischen Gewerkschaftsführungen und Basismitgliedern.

Station 3: Übergangsforderungen

Diesen Bruchpunkt zu provozieren, das ist die Aufgabe von revolutionären Jugendlichen und Arbeiter_Innen, die von der Gewerkschaftsführung abgefuckt sind,

weil sie z.B. Arbeitskämpfe verraten oder wie jetzt in Zeiten von Corona den Lohnverzicht mitgestalten.

Um diesen Bruchpunkt
nun aber zu provozieren und die politische Selbstständigkeit von Arbeiter_Innen zu erhöhen, müssen die richtigen Forderungen vorgeschlagen werden.

Beispiele:

– Die
Gewerkschaftsführungen wollen den Streik im Nahverkehr abwürgen? – Nix da, die Beschäftigten sollten sich in Streikkomitees selbst ihre Führung wählen und demokratisch entscheiden, für was wie lange gestreikt wird und selbst die Kampfaktionen bestimmen und umsetzen!

– Die
Gewerkschaftschaftsführung sagt, die klimaschädliche Kohleproduktion hat nichts mit dem Nahverkehr zu tun? – Von wegen! Die branchenspezifische und nationalstaatliche Aufsplittung der Gewerkschaften ist ein Hindernis im gemeinsamen Kampf. Hinter der Verkehrswende stehen jedoch nicht nur die Verkehrswege sondern auch die Produktion der Fahrzeuge, der von ihnen benötigten Energie als auch grundlegende Fragen wie die Nutzung des öffentlichen urbanen Raumes oder der Gegensatz von Stadt und Land. Auch sind die Verkehrsnetze europaweit und international bereits so stark miteinander verknüpft, dass wir dem Nationalismus der Gewerkschaftsfunktionäre unsere internationale Solidarität entgegensetzen müssen. Was heißt das? Zum Beispiel Solidaritätskundgebungen mit Arbeitskämpfen in anderen Ländern durchzuführen und internationale Produktions- und Arbeitsstandards sowie kostenlose Umschulungsmaßnahmen in klimaschädlichen Wirtschaftszeigen durch Organe der Arbeiter_Innenbewegung festzulegen und zu kontrollieren.

– Die Autoindustrie ist

in der Krise und streicht Jobs? – Nix da, mit einem von den Arbeiter_Innen organisierten Streik soll erkämpft werden, dass niemand entlassen wird, alle denselben höchstmöglichen Lohn kriegen, die vorhandene Arbeit auf alle aufgeteilt wird (Arbeitszeitverkürzung) und eine Umstellung der Produktion weg vom Auto unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten passiert – und zwar schön auf den Nacken der Bosse und Aktionär_Innen. Ach, das wollen die nicht? Gut, dann wird der Laden eben entschädigungslos enteignet und durch die Arbeiter_Innenkontrolle weitergeführt.

Diese Forderungen
wirken also eskalierend im Klassenkampf zwischen Arbeiter_Innen und Kapitalist_Innen. Sie sollen das politische Bewusstsein, Organisation und Kampfstärke der Arbeiter_Innen erhöhen und sie darauf vorbereiten, selbst die gesellschaftliche Macht zu übernehmen. Übergangsforderungen heißen solche, die bei ihrer Umsetzung einen dauerhaften Konflikt mit dem Kapitalismus hervorrufen. Für die Bosse ist es unhaltbar, dass die Beschäftigten ein Vetorecht über die Produktion und damit über den Profit bekommen. Dieser Konflikt wird sich nur dadurch lösen, dass die Arbeiter_Innen und Unterdrückten (dazu gehört auch die Jugend) entweder von den Bossen und der Polizei besiegt werden – also die Arbeiter_Innenkontrolle zerbrochen wird – oder die Arbeiter_Innen weitergehen und die politische Macht übernehmen.

Station 4: Revolution

Hier kämen wir dann
zur Frage der Revolution. Haben sich Jugendliche, Arbeiter_Innen und Unterdrückte zumindest in den großen Industrien und Städten – nicht zuletzt auch im Verkehrssektor, da hatten wir ja begonnen – selbst organisiert? Sind aus Streikkomitees und Arbeiter_Innenkontrolle Räte erwachsen und in einem Zentralrat vereinheitlicht? Hat diese Struktur eine eigene Verteidigung, eine demokratische Miliz? Und wissen obendrein die Bosse und Regierung nicht mehr weiter, sind sie unfähig die grundlegendsten Bedürfnisse

der Gesellschaft zu stillen und sind wir deshalb sowieso schon gezwungen, unsere eigene Versorgung selbst zu sichern? Dann stellt sich ganz offen die Machtfrage. Dann ist die Zeit reif, den bürgerlichen Staat zu zerschlagen, die Bosse umfassend zu enteignen und die demokratischen Strukturen der Arbeiter_Innen als alleinige Macht zu etablieren. Diese Arbeiter_Innenregierung müsste dazu übergehen, eine demokratische Planwirtschaft aufzubauen, wozu eben auch gehören würde, den Autoverkehr zurückzudrängen, den Nahverkehr bestimmt durch Pendler_Innen, Verkehrsarbeiter_Innen und Jugendlichen auszubauen und ihn natürlich auch kostenlos zu machen (wenn wir das nicht schon früher erreicht haben…)!

Ankunft: Anschluss verpasst? Der Zug, die Umwelt zu retten, ist noch nicht abgefahren! Den Fahrplan findest du auf onesolutionrevolution.de/programm

---

Corona-Gefahr und Zunahme häuslicher Gewalt – wie bekämpfen wir sie?

Jonathan Frühling, zuerst erschienen auf arbeiterinnenmacht.de

Oft wird behauptet, die bürgerliche Familie sei ein Ort der Geborgenheit, des Schutzes und der engsten Solidarität in der Gesellschaft. Doch hinter dieser trügerischen Fassade verbirgt sich eine hässliche Fratze, für viele Kinder und Frauen oft tägliche Realität. Um sich des Ausmaßes häuslicher Gewalt bewusst zu werden, müssen wir nicht in die Ferne blicken, auf Länder wie Indien oder Kolumbien.

Selbst die Berichte der Bundesregierung belegen, dass in Deutschland 40 Prozent aller Frauen seit ihrem sechzehnten Lebensjahr

physische
und/oder sexuelle Gewalt erleben mussten. Jeder vierten Frau wird dieses Verbrechen von ihrem eigenen (Ex-)Partner angetan. Alleine in Deutschland betrifft das jedes Jahr ca. 115.000. Diese Gewalt passiert überwiegend bei den
Opfern zuhause. Der eigene Wohnraum stellt also oft keinen Schutzraum für Frauen und Kinder, sondern für den Täter dar, indem Unterdrückung und Gewaltverbrechen vor der Öffentlichkeit verborgen bleiben.

Drohende Zunahme

Während der Corona-Krise sind die Menschen fast
ausschließlich zuhause, haben keinen körperlichen Ausgleich und sind oftmals
frustriert, weil sie in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken. Der reale Druck auf die Masse der Bevölkerung nimmt zu, wie auch die soziale Isolierung.

Zudem haben viele Betriebe sowie Bildungs- und
Betreuungseinrichtungen ihre Türen momentan geschlossen, was die Situation
weiter verschärft. Das erhöht das Potential für häusliche Gewalt drastisch. Auch der vermehrte Alkoholkonsum steigert das Aggressionspotential.

Selbst bürgerlich-konservative Zeitungen, wie die Bild oder die FAZ,
sehen sich in dieser Situation genötigt, über das Thema zu berichten.
Wie real eine drohende Zunahme von Gewalt gegen Frauen ist, belegen auch die Erfahrungen Chinas in den letzten Monaten. Laut einer Pekinger Frauenrechtsorganisation
war die Zahl von Frauen, die sich während der verordneten Quarantäne an Hilfsorganisationen gewandt haben, dreimal so hoch wie sonst). Ähnliche Zahlen sind bereits aus Spanien, Italien und Südkorea bekannt und
deshalb auch für Deutschland und andere Länder zu erwarten.

Welchen Problemen sehen sich Frauen und Kinder momentan ausgesetzt?

Besonders oft sind Frauen von physischer Gewalt betroffen. Einige Frauen suchen jedoch auch Hilfe, weil sie bevorstehende physische Angriffe von Familienmitgliedern befürchten. Ein großes Problem ist darüber hinaus Kontrolle und Stalking über das Internet.

Die immer noch existierende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Familie sieht vor, dass die Frau den größten Teil der Reproduktionsarbeit leisten muss. Dazu gehören die Betreuung und Erziehung der Kinder, Kochen, Putzen und Waschen. Durch die Corona-Krise fällt noch mehr dieser Arbeiten in den privaten Bereich, da fast ausschließlich in der eigenen Wohnung gegessen wird und die Kinder und Jugendlichen zuhause bleiben müssen. Die Schließung von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen hat außerdem dafür gesorgt, dass weibliche Beschäftige aus ihren Jobs gedrängt werden, um zuhause auf die Kinder aufzupassen. Geringverdiener_Innen müssen mit noch weniger Geld über die Runden kommen.

Zudem werden viele Frauen bei der Reproduktionsarbeit verstärkt kontrolliert und zurechtgewiesen, wenn ihre Partner ebenfalls überwiegend zuhause sind. Zusätzlich steigt für Frauen der Leidensdruck, weil sie aufgrund der Krise keine Bekannten treffen können, die ihnen sonst Beistand leisten würden.

Für Kinder und Jugendliche tun sich ähnliche Probleme auf. Sie sehen sich den ganzen Tag mit ihren Eltern konfrontiert, deren Regime sie sich unterordnen müssen. Es fehlt ihnen jeglicher Ausgleich, wie Schule, sportliche Aktivitäten oder das Treffen von Gleichaltrigen in der Freizeit. Auch sie sind vermehrt körperlicher Gewalt und Unterdrückung ausgesetzt, was

sich massiv auf ihre körperliche und psychische Verfassung auswirkt.

Inanspruchnahme von Hilfe?

Ein großes Problem ist auch, dass die betroffenen Frauen
während strikter Ausgangsbeschränkungen kaum Hilfsangebote in Anspruch nehmen
können. In Italien sind nämlich z. B. nur die Wege zur Arbeit, zum Supermarkt oder zum/r Arzt/Ärztin erlaubt. Zudem ist es für die Frauen schwieriger, eine Beratungsstelle aufzusuchen, wenn der Täter die ganze Zeit
zuhause ist und Bescheid weiß, wie lange die Frau das Haus verlässt.

Frauenhäuser und Beratungsstellen stellen sich vor allem für
die Zeit nach der Corona-Krise auf einen stark erhöhten Andrang ein. Allerdings
sind die Frauenhäuser schon zu „normalen" Zeiten total überlaufen. Laut der Istanbuler-Konvention, die die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zum Kampf gegen Gewalt gegen Frauen verpflichtet und die Deutschland im Oktober
2017 ratifiziert hat, müssten hierzulande 21.400 Betten in Frauenhäusern bereitstehen. Die geforderten Maßnahmen wurden jedoch nie auch nur ansatzweise
umgesetzt.

Momentan sind es aber gerade mal 6.800! Deshalb ist es
gängige Praxis, dass Frauen zu ihren gewalttätigen Partnern zurückgeschickt werden. Auch eine angemessene psychische Betreuung findet unter diesen Umständen zumeist nicht statt. Im Zug der Corona-Krise wird der Mangel auch
noch dadurch verschärft, dass das Personal nicht überall in voller Besetzung zur Arbeit erscheint.

Gründe für Gewalt

Allerdings ist der Anstieg von häuslicher Gewalt, wenn

Menschen vermehrt Zeit auf engem Raum verbringen, kein unbekanntes Phänomen.
Die meisten Menschen kennen zumindest den alljährlichen Familienstreit während
der angeblich so besinnlichen Weihnachtszeit. Auch die extremen Formen der
häuslichen Gewalt nehmen während dieser Zeit nachweislich zu.

Die tiefere Ursache der häuslichen Gewalt ist in der
systematischen Unterdrückung der Frauen in der Klassengesellschaft zu suchen.

Im Kapitalismus ist die Trennung von gesellschaftlicher
Produktion und privater Hausarbeit dabei grundlegend – jedenfalls was die Lage
der proletarischen Frauen betrifft. Die Reproduktionsarbeit wird zu großen Teilen privat verrichtet. Die ungleiche Entlohnung von Arbeiterinnen verglichen
mit Arbeitern manifestiert sich im Gender Pay Gap und damit größerer finanzieller Abhängigkeit.

Die bürgerliche Familie sowie die geschlechtsspezifische
Sozialisierung sind ebenfalls Mechanismen, um das Unterdrückungsverhältnis
aufrechtzuerhalten und auch im Bewusstsein von Mann und Frau zu reproduzieren.
Obwohl gesellschaftlich, erscheinen sie als „natürlich“. Physische Gewalt, mit der Frauen eingeschüchtert und gefügig gemacht werden, gehört untrennbar zu
diesem Verhältnis, es stellt dessen gewalttätigen Ausdruck dar.

Forderungen und Perspektive des Kampfes

Der Ausbau von Frauenhäusern und Beratungsstellen ist längst
überfällig und sollte nun das Gebot der Stunde sein. Das schließt auch mit ein,

die Technik und das Personal für eine Ausweitung der telefonischen Beratung zur Verfügung zu stellen. Damit schnell Erfolge erzielt werden können, sollte Leerstand, wie z. B. auch nicht ausgelastete Hotels oder Luxusvillen, requiriert und für diese Zwecke genutzt werden. Frauenhäuser und Beratungsstellen müssen zudem sofort in die Liste systemrelevanter Berufe aufgenommen werden – und zwar international.

Das neoliberale Dogma der heutigen Zeit hat den Druck auf Frauen schon vor der Corona-Krise massiv verschärft. In Deutschland gibt es z. B. nicht genügend Kita-Plätze, weil der soziale Bereich systematisch vernachlässigt wird. Auch die Ausweitung des Billiglohnsektors, wie z. B. die flächendeckende Einführung von Minijobs, hat die ökonomische Situation von Frauen weiter verschlechtert und deren Doppelbelastung durch Beruf und Hausarbeit verschärft. Deshalb muss auch für politische Forderungen eingetreten werden. Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit ist dabei natürlich essenziell. Flächendeckende Kitas und Betreuung nach der Schule würden es Frauen leichter machen, sich von ihren Männern zu trennen und als Alleinerziehende zu leben.
Mindestlohn, höheres Arbeitslosengeld und günstigerer Wohnraum sind deshalb auch wichtig.

Um diese Forderungen an den Staat durchzusetzen, darf es aber nicht bei Appellen bleiben. Wir müssen schon selbst aktiv werden und eine Bewegung aufbauen, die diese Ziele auch durchsetzen kann.

Ein wichtiger Aspekt wird dabei auch die Bildung von Schutzstrukturen sein, die vor allem von lohnabhängigen Frauen gebildet werden und von der Arbeiter_Innenbewegung – von Gewerkschaften, linken Parteien und Organisationen – initiiert und unterstützt werden sollen. Dies wäre ein wichtiger Schritt, um entschieden gegen gewalttätige Männer vorgehen zu

können. Solidarische Männer sollen solche Initiativen natürlich unterstützen. Auf eine Polizei, die Hilferufe von Frauen bekanntermaßen ignoriert, ist nämlich kein Verlass.

An dem hier behandelten Thema zeigt sich auch, wie wichtig es ist, dass die Lohnabhängigen für entschiedene Maßnahmen gegen die Corona-Krise eintreten und dabei eigene Kontrollorgane zur Umsetzung und Überwachung dieser Forderungen schaffen. Denn nur, wenn die Bevölkerungsmehrheit diese kontrolliert, kann dafür gesorgt werden, dass die getroffenen Maßnahmen uns Lohnabhängigen zugutekommen.

Die Regierung verfolgt dagegen vor allem das Ziel, mit ihrem 600 Milliarden Euro (!) schweren Rettungsschirm die Liquiditätsprobleme der Unternehmen zu lösen. Das zeigt sich z. B. auch daran, dass nur ein kleiner Teil dieses Geldes für einen Ausbau des Gesundheitssystems eingesetzt werden soll. Zudem wäre eine politische Beteiligung nur logisch, da das Geld letztlich aus unseren Steuerzahlungen stammt bzw. die Kredite mit unseren Steuern zurückbezahlt werden müssen. Aber wie immer bleibt die deutsche „Demokratie“ nur eine Farce. Wir müssen uns deshalb aktiv dafür einsetzen, dass der Corona-Rettungsschirm nicht Großkonzernen, sondern z. B. von Gewalt betroffenen Frauen zugutekommt.

Letztlich lässt sich das Patriarchat und damit die Gewalt gegen Frauen aber nur überwinden, wenn die Reproduktions- und Sorgearbeit vergesellschaftet und von beiden Geschlechtern gleichermaßen erledigt wird. Der Kapitalismus jedoch profitiert davon, wenn diese gesellschaftlich sehr wichtige Aufgabe von Frauen privat und vereinzelt innerhalb der bürgerlichen (Klein-)Familie verrichtet wird. Ihre Überwindung und Ersetzung durch eine

höhere gesellschaftliche Organisation des Zusammenlebens muss deshalb Hand in
Hand mit einer Überwindung des Kapitalismus gehen. Das würde auch dazu führen,
dass Frauen sich gleichermaßen wie Männer auf ihre berufliche Laufbahn fokussieren können. Dafür brauchen wir eine sozialistische, proletarische Frauenbewegung als Teil einer antikapitalistischen Bewegung.

Notruf

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ (Rund um die Uhr, anonym, in 18 Sprachen): 08000 116 016

Hilfetelefon „Sexueller Missbrauch“ (montags, mittwochs und
freitags von 9 bis 14 Uhr sowie dienstags und donnerstags von 15 bis 20 Uhr): 0800
22 55 530